:antifaschistische nachrichten Nr.6

g 3336 17.3.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Deutschlandtreffen“ der IBD

Die aus dem Dunstkreis von Pennälerschaften hervorgegangene Zeitschrift „Blaue Narzisse“ berichtet auf ihrer Internetseite über das „Deutschlandtreffen“ der „Identitären Bewegung“ (IBD). Demnach hatten sich am ersten Wochenende im März – nach eigenen Angaben – rund 120 Aktive der IBD getroffen, um das Jahr 2016 zu planen. Diskutiert wurde u.a. ein „umfangreiches Restrukturierungskonzept“, das „Außendarstellung und Organisation“ der IBD verbessern soll. Als neuer stellvertretender Vorsitzender der IBD wurde Sebastian Zeilinger aus Bayern gewählt, der den IBD-Chef Nils Altmieks in Zukunft unterstützen soll. Martin Sellner von der „Identitären Bewegung Österreich“ (IBÖ) appellierte in seiner Rede an die IBD-Aktivisten, ihre Ängste in Bezug auf soziale Reputation und bürgerliche Karriere zu überwinden und Gesicht zu zeigen. In einem weiteren Vortrag wurde über die Aktivitäten der niederländischen „Identitären“ berichtet. *hma* ■

„Plattform“ mit neuem Vorstand

Schnellroda. Die „Patriotische Plattform“ in der AfD hat Anfang März ihre Mitgliederversammlung in Schnellroda durchgeführt. Zur Begrüßung gab es einen Kurzvortrag von Götz Kubitschek über Strategien des Widerstandes. „Unter den Teilnehmern herrschte große Einigkeit darüber, daß die AfD sich zu einer grundsätzlichen Alternative zu allen Altparteien entwickeln muß“, heißt es auf der Internetseite der „Patriotischen Plattform“. Diese betrachtet sich als „Taktgeber dieser Entwicklung“ und will „politischen Druck aufbauen“ und „Anpassungs- und Aufweichungstendenzen mit aller Kraft entgegentreten“. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt dem geplanten Programmparteitag der AfD in Stuttgart und der Vorbereitung des Kyffhäusertreffens, an dem die „Patriotische Plattform“ als fester Bestandteil der Flügelbewegung teilnehmen will. Zudem wurde ein neuer Vorstand gewählt, dem nun ange-

Aus dem Inhalt:

Die Keupstraße schafft Zschäpe! 6
Calais, Frankreich, Großbritannien 10

Die AfD nach den Landtagswahlen vom 13. März 2016

Ausgewählte Aspekte der Wahlergebnisse

In der Wahlnacht nach den Landtagswahlen am 13.3.2016 erstellten Benjamin-Immanuel Hoff, Horst Kahrs und Andreas Stahl für die Rosaluxemburg-Stiftung eine Wahlanalyse unter dem Namen „Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016 – Wahlnachtbericht und erste Analyse“. Mit freundlicher Genehmigung veröffentlichen wir hier Auszüge:

Auf der Landkarte des europäischen Rechtspopulismus war die Bundesrepublik Deutschland, wie Frank Decker zutreffend feststellte, lange Zeit ein weißer Fleck.[1] Zwar gab es auch hier seit Anfang der 1990er Jahre Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien, wie z.B. der Schill-Partei in Hamburg, konnten sich die Republikaner rund zehn Jahre im Landtag Baden-Württemberg halten bzw. über zehn Jahre in fast allen ostdeutschen Landtagen außer Thüringen vergleichsweise flächendeckend rechtsextreme Parteien wie die DVU oder die NPD, teilweise mit zweistelligen Ergebnissen gewählt, Fraktionen bilden. Gleichwohl blieben diese Ereignisse auf der regionalen Ebene beschränkt und „führten nicht zur dauerhaften Etablierung einer Rechtsaußenpartei im nationalen Rahmen“.[2]

Über die AfD ist seit ihrem knappen Scheitern bei der Bundestagswahl 2013 und der am gleichen Tag stattgefundenen hessischen Landtagswahl, ihrem Einzug in die Landtage von Bremen, Hamburg, Sachsen, Brandenburg, Thüringen bereits viel publiziert worden.[3] Diese Analysen können und sollen hier nicht nachvollzogen werden. Sie sind zudem im Lichte des Wahlergebnisses vom 13. März 2016 anzupassen.

In diesem Abschnitt soll es vielmehr darum gehen, einerseits zu skizzieren, welche Wirkung das Abschneiden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen auf das Parteiensystem generell und die AfD haben wird und andererseits darzulegen, welche Erkenntnisse die Wahlforschung im Hinblick auf die AfD in den drei genannten Ländern zu Tage beförderte.

AfD: dauerhafte tektonische Verschiebung des bürgerlich-rechten Parteienlagers

Wir gehen davon aus, dass die AfD – anders als die Piratenpartei – eine tektonische Verschiebung des Parteiensystems darstellt. Mit ihr verabschiedet sich ein spürbarer Teil christdemokratischer und christsozialer Wähler/-innenschaft, der von jeher nationalkonservativ dachte. Dieses Spektrum ist am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichbar – wenn Beobachtungen sowohl von Forsa[4] als auch der Wahlstatistik in Baden-Württemberg, wo die Partei sowohl 1992 als auch 1996 mit 10,9% bzw. 9,1% im

Fortsetzung Seite 3

hören: Claudia Backhaus (Schriftführerin), Felix Koschkar, Dubravko Mandic, Norbert Mayer (Schatzmeister), Jan Moldenhauer, Benjamin Nolte, Ralf Schutt, Hans-Thomas Tillschneider (Sprecher), Roland Ulbrich und Chris Wiedemann.

hma ■

AfD-Politiker im Wohnungsamt

DÜSSELDORF/HEINSBERG. Bislang war Florian T. als Beamter im Düsseldorfer Wohnungsamt für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten tätig. Ende Februar hat die Stadt das AfD-Mitglied, der als sachkundiger Bürger für seine Partei in Heinsberg tätig ist, bis auf weiteres mit anderen Aufgaben im Wohnungsamt betraut. Begründet wird dies mit Fürsorgegründen dem Mitarbeiter und Kollegen gegenüber wegen der Berichterstattung über diese Angelegenheit. T. ist zudem Vorsitzender der Jugend- und Ausbildungsvertretung beim Personalrat im Düsseldorfer Rathaus. *hma* ■

Die AfD spricht

„Mindestlohn ist vollkommener Quatsch. … Mit Fortbildungen, Qualifizierungen, einer selbstständigen Tätigkeit oder einem Jobwechsel kann jeder sehr leicht mehr als 5 oder 6 Euro die Stunde verdienen."

Ulrich Siegmund, AfD-Kandidat Listenplatz 15 in Sachsen-Anhalt und Direktkandidat im Wahlkreis 5 – Genthin, nach Rheinische Post online, 11.3.16.

„Wenn, dann die Absenkung von Hartz IV."

Lydia Funke, Listenplatz 6 der AfD in Sachsen-Anhalt, auf die Frage, wie die AfD „die Differenz zwischen der Gesamtleistung ‚Hartz IV' und dem Einkommen in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen" vergrößern will (Wahlprogramm). In Frontal 21 (ZDF), 8.3.16.

„Wenn Sie vielleicht bedenken …, dass das nur eine ganz kleine faschistische Gruppe war."

Alexander Raue, Listenplatz 3 der AfD in Sachsen-Anhalt, über den NS-Faschismus, in Frontal 21 (ZDF), 8.3.16.

„Wir brauchen keine Willkommenskultur, sondern eine Abschiebekultur." Auch nach Syrien, denn „es herrscht ja nicht überall in Syrien Krieg".

Miguel Klauß, AfD-Kandidat in Leonberg (BaWü), laut Stuttgarter Nachrichten online, 28.2.16.

„Manche halten es für angemessen und gerecht, alle Menschen aus der ganzen Welt nach Deutschland hereinzulassen. Andere Menschen halten es für angemessen und gerecht, Merkel und ihr Kabinett am nächsten Baum aufzuhängen."

Thomas Seitz, AfD-Kandidat in Lahr und Oberstaatsanwalt (!), laut Badische Zeitung online, 29.2.16.

„Wir lieben Deutschland, wir sind hier zuhaus', jeder, der das anders sieht: raus, raus, raus!"

Nadja Stafl, stellvertretende Vorsitzende der AfD Unterfranken, in einer E-Mail, laut Main-Post online, 6.3.16.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir kommentarlos demaskierende Äußerungen von AfD-FunktionärInnen aus der „2. Reihe"

F ■

Fanclub schmeißt AFD-Wähler & Mitglieder raus

Die BVB-Freunde Deutschland haben bekannt gegeben, dass sie Mitglieder und Wähler der Partei Alternative für Deutschland (AfD) aus dem Fanclub ausschließen wollen, da Sympathien für die AfD nicht mit der Satzung des Fanclubs vereinbar seien. Eigentlich wolle man Sport und Politik nicht verbinden.

„Politik und Sport miteinander zu verbinden ist eigentlich ein No-Go. In diesen Tagen ist dies aber nicht zu verhindern. Warum? Die Werte, für die unser Fanclub steht, stehen nicht im Einklang mit der AFD Partei. Die AFD Partei ist nach unserer Auffassung „Ausländerfeindlich" und „Radikalisiert". Diese Dinge können, dürfen und werden wir nicht unterstützen. Wir stehen für ein tolerantes Miteinander ein und schließen dabei weder Flüchtlinge, noch sonstige Personengruppen aus, die in unserem Land leben oder leben wollen. Die AFD Partei artikuliert Hass und ermöglicht so klaren Rechtsextremismus. Das werden wir nicht unterstützen. Wir werden uns unsere Mitgliederliste genau anschauen und offensichtlichen Mitgliedern und Wählern der AFD die Mitgliedschaft entziehen. Den Mitgliedern die mit der AFD sympathisieren steht auch unser Kündigungsformular auf der Homepage zur Verfügung. All unsere Mitglieder haben mit dem Eintritt die Satzung unseres Fanclubs akzeptiert. Wer dann eine rechte Partei wählt, verstößt gegen unsere Satzung und unseren Grundsätzen und darf ohne weitere Begründung ausgeschlossen werden. Die NPD und andere Rechte Parteien standen bisher auf unserer No-Go Liste und diese Liste wird nun durch die AFD erweitert. Zusatz: Wir erklären die Botschaft gerne nochmal etwas deutlicher Wir arbeiten als Fanclub seit Jahren mit Initiativen gegen Rechts zusammen. Wir können eine Partei nicht ignorieren, die Einfluss gewinnt und mit unseren Grundsätzen und Grundwerten die wir vertreten nicht übereinstimmen. Als Fanclub haben wir auch in gewisser Weise eine gesellschaftliche Verantwortung, dieser Pflicht kommen wir nach indem wir uns von Parteien wie der AFD, NPD und co distanzieren. Aber wenn wir eine solche Einstellung vertreten, können wir es doch nicht zulassen von rechtsdenkenden Menschen unterwandert oder begleitet zu werden. Was sagt das über uns als Fanclub aus? Was sagt das über unsere Grundwerte aus, wenn wir das einfach dulden und ignorieren? Wir tasten mit unserem Ausschluss auch nicht das Wahlrecht an, sondern in der Botschaft liegt lediglich die Aussage, dass wir Menschen, die mit einer rechten Überzeugung in unseren Raum / Club treten, nicht haben wollen. In dem Fall ist nach unserer Auffassung die AFD eine rechtspopulistische Partei, deren Sympathisanten bei uns keinen Platz haben. Wir bewerten damit nicht den Menschen, sondern lediglich die Einstellung. Wer unsere Webseite, unser Forum, unsere Facebookseite oder unseren Fanclub mit einer Einstellung betritt, die gegen unsere Grundsätze spricht, haben wir das Recht Nein zu sagen. Die Wahlen sind und bleiben geheim, wer die AFD wählt und Mitglied bei uns ist, darf dies auch gerne sein. Aber wer für die AFD wirbt, mit AFD Logos im Profilbild unsere Seiten betritt oder rechtes Gedankengut verteilt, wird ausgeschlossen. Dazu haben wir jedes Recht und werden dies auch ohne Wenn und Aber durchsetzen. Wir hoffen, dass dies nun ein wenig deutlicher geworden ist?", heißt es im Statement der BVB-Freunde Deutschland.

Faszination Fankurve, 10.03.2016 ■

Foto: schwatzgelb.de

Fortsetzung von Seite 1

Landtag saß, zugrunde gelegt werden – und konnte über einen langen Zeitraum von der Union gebunden werden bzw. fand keine andere Repräsentationsfläche. Die NPD war für diesen bürgerlichen Teil des Republikaner-Lagers nicht wählbar. In diese Lücke stieß nun die AfD.

„Aus der vergleichenden Forschung weiß man, dass es in der Regel einer bestimmten gesellschaftlichen Krisenkonstellation bedarf […], um solche Parteien und Bewegungen hervorzubringen."[5] Im Falle der AfD war die Finanz- und Eurokrise das Gelegenheitsfenster, für eine neue EU-kritische Partei, „deren programmatische Kernforderungen – kontrollierte Auflösung der Währungsunion und Absage an eine weitere Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses – geeignet waren, um daran eine breitere rechtspopulistische Basis anzudocken".[6]

Unsere Analyse der Europawahl 2014[7] stützte diese These. Wir wiesen damals darauf hin, dass Euro-Skepsis allein nicht das entscheidende Moment des Wahlerfolgs der AfD darstellte. Erkenntnisse des Instituts für Demoskopie in Allensbach über die potenziellen Unterstützer der AfD zeigten jedoch, dass sich 80% derjenigen, die die AfD zu wählen beabsichtigten, eine Rückkehr zur nationalen Währung wünschten; 68% waren überzeugt, dass die Nachteile des Euro für Deutschland überwiegen und 75% glauben nicht daran, dass es den Euro in zehn Jahren noch geben wird. Mit den Worten von Renate Köcher: „Die potenziellen Unterstützer der ‚Alternative' sind nicht signifikant stärker als der Durchschnitt der Bevölkerung über die Krise in der Eurozone beunruhigt. Aber sie halten die gesamte Konstruktion einer Währungsunion für einen Irrweg und hoffen entsprechend, dass die Krise dazu beiträgt, diesen Weg zu beenden. Als Übergangslösung plädieren sie mit großer Mehrheit für den Ausschluss überschuldeter Länder."[8]

Die CDU hat in den vergangenen mehr als zwölf Jahren der Kanzlerschaft Merkels eine Entwicklung genommen, die sie sowohl wirtschaftspolitisch eher in die Nähe der Sozialdemokratie rückte als neoliberal ausprägte als auch gesellschaftspolitisch mit den liberalen, urbanen Mittelschichten verband. Bereits heute erscheint ein Bündnis aus Union und Grünen einigen als logische politische Repräsentation einer Gesellschaft, in der die ideologischen Großthemen der Bonner Republik, die noch Schröders rot-grüne Kanzlerschaft prägten, ihre Dominanz verloren haben. Die Kanzlerin hat in ihrer seit 2005 dauernden Amtszeit mit den wechselnden Partnern SPD und FDP die Wehrpflicht abgeschafft, Atomkraftwerke abgeschaltet, die Energiewende eingeleitet und auch führende Unionspolitiker plädieren für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Sie hält beharrlich an ihrer Flüchtlingspolitik des „Wir schaffen das" fest – gegen den heftigen Widerstand der CSU und Teile ihrer eigenen Partei.[9]

Der FDP gelang es in der Zeit ihrer Beteiligung an der Bundesregierung nicht, ein Gegengewicht zur Union zu bilden. Denn in den wesentlichen gesellschaftspolitischen Fragen, aus der sich die Unzufriedenheit der Konservativen speiste, ging die FDP mit dem Zeitgeist, und in den wirtschaftspolitischen Positionen lagen die Liberalen gegen den Mainstream der AfD, der in seiner Mischung aus Abschottung, Ablehnung von Freihandelsabkommen und antieuropäischen Ressentiments eher eine Tea-Party deutschen Zuschnitts darstellt, als eine neue liberale Alternative. Spätestens nachdem die liberale Partei sich in einem Mitgliederentscheid für eine Unterstützung der EU-Rettungspolitik aussprach, hatte die FDP die Gelegenheit vertan, das Gelegenheitsfenster der AfD zu schließen oder zumindest sich in den Wind zu stellen. (…)

Tabelle: Herkunft der AfD-Stimmen im Vergleich zur letzten Landtagswahl

von	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere	Enthaltung	Gesamt
in BW	188.000	88.000	68.000	18.000	22.000	151.000	207.000	742.000
Verteilung	25%	12%	9%	2%	3%	20%	28%	100%
in RP	46.000	34.000	5.000	8.000	11.000	43.000	77.000	224.000
Verteilung	21%	15%	2%	4%	5%	19%	34%	100%
in ST	38.000	21.000	3.000	6.000	29.000	52.000	104.000	253.000
Verteilung	15%	8%	1%	2%	11%	21%	41%	100%
Gesamt	272.000	143.000	76.000	32.000	62.000	246.000	388.000	1.219.000
Verteilung	22%	12%	6%	3%	5%	20%	32%	100%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap.

wählern. In Sachsen-Anhalt kamen jeweils gut ein Sechstel von den beiden zuvor größten Parteien im Landtag, CDU und LINKE, in den westdeutschen Ländern kamen ein Viertel bis ein Drittel der AfD-Stimmen von der Union.

Die Wanderungsbilanzen von Infratest dimap vermitteln ein in der Grundtendenz ähnliches, in einzelnen Aspekten aber abweichendes Bild. Der Anteil der Stimmen von anderen kleinen Parteien und den Nichtwählern ist höher (48% in Baden-Württemberg, 53% in RheinlandPfalz und 62% in Sachsen-Anhalt), und der Anteil der ehemaliger LINKE-Stimmen in Sachsen-Anhalt niedriger, die Gewichtung innerhalb der einzelnen Ländern wie auch die Unterschiede zwischen ihnen weisen aber die gleiche Struktur auf.

Tabelle: Bedeutung der Verluste an andere Parteien und die AfD

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere
BW	-402.000	-315.000	-98.000	-20.000	-28.000	-288.000
dav. AfD	-188.000	-88.000	-68.000	-18.000	-22.000	-151.000
%	47%	28%	69%	90%	79%	52%
RP	-65.000	-52.000	-152.000	-9.000	-15.000	-47.000
dav. AfD	-46.000	-34.000	-5.000	-8.000	-11.000	-43.000
%	71%	65%	3%	89%	73%	91%
ST	-52.000	-69.000	-15.000	-8.000	-49.000	-52.000
dav. AfD	-38.000	-21.000	-3.000	-6.000	-29.000	-52.000
%	73%	30%	20%	75%	59%	100%
Gesamt	-519.000	-436.000	-265.000	-37.000	-92.000	-387.000
dav. AfD	-272.000	-143.000	-76.000	-32.000	-62.000	-246.000
%	52%	33%	29%	86%	67%	64%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap; eigene Berechnungen Kahrs 2016

Woher kamen die Wählerinnen und Wähler der AfD?

Nach den Berechnungen der Forschungsgruppe Wahlen waren 40-50% der AfD-Stimmen zuvor Stimmen kleinerer Parteien einschließlich der NPD oder kamen von Nichtwählern.

Tabelle: Woher kommen die Wähler der AfD?

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	NPD	Andere/Enthaltung
BW	31%	13%	7%	4%	4%		41%
RP	24%	16%	6%	4%	6%		45%
ST	17%	10%	2%	3%	17%	11%	40%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen / www.heute.de, 23:00

Welche Bedeutung haben die Stimmenverluste an die AfD für die einzelnen Parteien?

Die Zusammensetzung der neuen Wählerschaft der AfD ist eine Perspektive, eine andere die Frage nach dem Anteil, den die Verluste an die AfD an allen Verlusten einer Partei an andere Parteien haben.

In Baden-Württemberg sind es FDP und LINKE, die die höchsten relativen Verluste an die AfD hinnehmen müssen, und auch für die Grünen ist die AfD der größte Gegner.

In Rheinland-Pfalz haben die „anderen" Parteien die prozentual größten Verluste an die AfD, aber auch die FDP und mit Abstand LINKE und CDU sowie SPD, während hier die Grünen kaum an die AfD verlieren.

Deutschland 2016

Rassistische Massenbewegung, Gewalt und die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Regierungskoalition

Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf, ForschungsschwerpunktRechtsextremismus/Neonazismus

Hintergründe und aktuelle Herausforderungen nach den Landtagswahlen im März 2016

Wir diskutieren mit:

Christoph Cornides, Mitherausgeber der Antifaschistischen Nachrichten und Landesschatzmeister der LINKEN in Baden-Württemberg

Torsten Weil, Persönlicher Referent von Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Sachsen-Anhalt

Samstag, 23. April 2016, 13 bis 17 Uhr

Achtung: Diesmal eine andere Örtlichkeit

Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429 · 50825 Köln

ÖPNV: Vom HbF Köln mit der S 13 und S 12 (12.30, 12.40 Uhr) bis Bahnhof Ehrenfeld, Stadtauswärts 3 Minuten Fußweg

Veranstalter:

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund d. Antifaschisten Köln

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln

in Zusammenarbeit mit ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Antifaschistische Nachrichten
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Tel. 0221-211658

In Sachsen-Anhalt ergibt sich eine ähnliche Rangfolge: „Andere“, FDP, CDU, LINKE. Fasst man alle Zahlen zusammen, so ist der Anteil der Verluste an die AfD für die FDP mit 86% aller Verluste an andere Parteien am größten, gefolgt von der LINKEN (67%) und den kleinen Parteien (64%). Bei der Union gehen noch 52% der Verluste an die AfD, bei der SPD ein Drittel und bei den Grünen unter 30%.

Offen bleiben muss hier, wann die Abwendung und die Hinwendung zur AfD erfolgte. Ein erheblicher Teil könnte bereits bei der Bundestagswahl 2013 und/oder bei der Europa-Wahl 2014 die AfD gewählt haben.

Dass die AfD in Sachsen-Anhalt aus dem Stand 15 Direktmandate gewinnen konnte und als zweitstärkste Kraft im Landtag vertreten ist, ist nicht wirklich überraschend, wenn man die Wahlergebnisse und das Wahlverhalten im Land über einen langen Zeitraum betrachtet, wie wir dies mit unseren Wahlnachtberichten seit mehr als zehn Jahren tun.

Die für Ostdeutschland im Vergleich zu den westlichen Bundesländern insgesamt höhere Volatilität (*Wechselhaftigkeit im Wahlverhalten; Anm. Red.*) schätzte Holtmann vor rund acht Jahren in Sachsen-Anhalt als besonders ausgeprägt ein: „Situative Unzufriedenheit mit der Performanz der Landespolitik und insbesondere mit der Arbeit der Regierenden werden folglich durch längerfristig wirksame Parteiloyalitäten, die als Puffer gegen den massiven und rapiden Entzug politischen Vertrauens bei Wahlen dienen könnten, nicht abgefedert. (…) Der in der Bevölkerung weit verbreitete Unmut über die prekäre ökonomische Situation (…) und die daraus resultierende pessimistische Einschätzung der allgemeinen und individuellen Lebenslage schlagen mit einer von Wahl zu Wahl bislang steigenden Intensität ungefiltert auf das Wahlverhalten durch.“[10]

Im Zusammenhang mit der ausgeprägten Volatilität steht das sogenannte latente Protestpotenzial. Der erhebliche Anteil derjenigen, die über ihr Wahlverhalten auch Protest ausdrücken wollen, ist kein Phänomen Sachsen-Anhalts, aber eben auch hier ausgeprägt vorhanden. Dies drückte sich insbesondere in der Landtagswahl von 1998 aus, als die Deutsche Volksunion mit knapp 13% und 16 Abgeordneten in den Landtag einziehen konnte.

Ein Drittel der damaligen DVU-Wähler/-innen bejahte für sich den Zusammenhang zwischen Wahl- und Protestverhalten.[11] Doch auch in den demokratischen Parteien wurde 1998 ein Protestwähleranteil von 12,0% für die FDP und 41,3% für die damalige PDS ermittelt.[12]

Wie Holtmann festhält, liefern die Daten zur Mobilisierung des Wahlvolks und zur regionalen Diffusion des Protestpotenzials bei Wahlen einen Teil der Erklärung „für die auf den ersten Blick überraschende Tatsache, dass der spektakuläre Wahlerfolg der DVU von 1998 ein singuläres Ereignis geblieben ist und seither bei Landtagswahlen Protestparteien der extremen Rechten und des rechten Populismus (…) ein auch nur annähernd vergleichbares Ergebnis versagt blieb. (…) Zum einen fallen die Präferenzen wählender Protestwähler nicht automatisch an Protestparteien, sondern ‚streuen‘ über das gesamte Parteienspektrum. (…) Zum anderen macht die ausgeprägte Wahlmüdigkeit auch vor Protestparteien offenbar nicht halt, weil große Teile der Sachsen-Anhalter mittlerweile keiner Partei mehr zutrauen, die aktuellen und künftigen Probleme des Landes wirksam anzupacken.“[13]

Der Protestwahl-These von Holtmann muss mindestens ergänzend die These der verfestigten rechtsextremen Einstellungen in der Wähler/-innenschaft hinzugefügt werden. Bereits 1999 verwies Schieren in seiner Auswertung der Landtagswahl von 1998[14] auf eine empirische Untersuchung von Stöss/Niedermayer[15], in der diese in West und Ost ein Wähler/innenpotenzial von zwölf bis siebzehn Prozent mit latenten rechtsextremen Einstellungen vermuteten. Es ist also anzunehmen, dass bei den DVU-Wähler/-innen nicht dasjenige Drittel von besonderer Bedeutung ist, das aus Protest DVU wählte, sondern diejenigen zwei Drittel, die aufgrund einer rechtsextremen Einstellung sich für die Wahl dieser Partei entschieden.

Mit den Worten von Schieren „Zumeist ist es eine Kombination beider Motive (‚Protest‘ und ‚Überzeugung‘), die zur Manifestation der vorhandenen rechtsextremen Einstellung in einer Wahlentscheidung führt und das umso mehr, wenn die Beurteilung der wirtschaftlichsozialen Lage derart negativ ausfällt wie in den neuen Bundesländern.“[16]

Im Vorfeld der Landtagswahl 2011 ermittelte Infratest-dimap, dass 3% der Befragten sowohl im Februar als auch im März 2011 sich ihrer Wahlentscheidung für die NPD sicher waren, 7% antworteten im Februar 2011, dass sie „wahrscheinlich“ die NPD wählen würden, im März 2011 betrug dieser Wert 5%. Dass sie „wahrscheinlich nicht“ für die NPD stimmen würden gaben im Februar 2011 5% und im März 2011 7% an. Ein mögliches NPD-Wähler/innenpotenzial betrug also bereits damals zwischen 8% und 15%.

„Andere Verteilungsverhältnisse“

Die Verlockungen des Populismus und Völkischen machen allen Parteien zu schaffen, auch der Linkspartei. Lange Zeit wurde die Haltung „offene Grenzen für Menschen in Not“ von etlichen Anhängern nicht geteilt, aber diese Haltung war nicht wahlentscheidend. Seit 2013 ist dies anders, seit eine politische Partei die Flüchtlingsfrage als Frage der sozialen Gerechtigkeit in Gestalt von Etablierten-vorrechten deutet.

Bedenkenswert ist, was diese Abwendung verarbeitet: Seit ihrer Existenz kämpft DIE LINKE für andere Verteilungsverhältnisse, für eine „Umverteilung von oben nach unten“, aber in den Augen vieler ohne den versprochenen beziehungsweise erhofften Erfolg. Wer sich in seinen eigenen sozialstaatlichen Ansprüchen durch Fremde bedroht sieht, wird daher angesichts der angenommenen Machtlosigkeit der linken Kräfte nicht unbedingt darauf setzen, dass ausgerechnet jetzt die Umkehr der Verteilungsströme gelingt. In Ländern wie Polen und Ungarn hat die nationale soziale Frage inzwischen eine politische Heimat bei den Populisten und Völkischen gefunden.

Friedensmarsch der kurdischen Frauenbewegung am 8. März

DGB erklärt Solidarität mit roten Rosen

Walsrode / Bad Fallingbostel. Am Internationalen Frauentag demonstrierten 120 kurdisch-ezidische Frauen mit einigen Männern und Kindern von Walsrode zum 9 km entfernten, im Bau befindlichen Haus des Ezidischen Kulturvereins in Bad Fallingbostel. Die Frauen aus Rotenburg und dem Heidekreis traten stark und kämpferisch auf. Immer wieder schallte es „Jin, Jiyan, Azadi!“ (Frau, Leben, Freiheit!). In Bad Fallingbostel wurden die Frauen von ver.di- und DGB-Vertretern begrüßt. DGB-Kreisvorsitzender Charly Braun stellte beispielhaft die besondere Ausbeutung von Frauen in Betrieben der Region vor und erklärte, dass vor Ort die Gewerkschaften zum Weltfrauentag rote Rosen an Frauen verteilen, die in Streiks und sozialen Auseinandersetzungen Courage und Solidarität beweisen. Nach den Worten „Auch ihr habt diese Rosen verdient“, gab es Rosen für alle kurdischen Frauen. Braun verurteilte Erdogans Krieg und Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung sowie das planvolle Wegsehen der Bundesregierung und erklärte, dass der DGB in der Lüneburger Heide eine Spendenaktion für eine Feuerwehr für die selbstverwaltete Region Rojava als Solidaritätsprojekt durchführe.

In ihrer auch auf Deutsch gehaltenen Hauptrede zitierte Cicek Yildiz aus dem gemeinsamen Aufruf der Kurdischen Frauenbewegung Europa und dem Verband der Frauen aus Kurdistan in Deutschland:

Der 8.März steht für Selbstbestimmung und Freiheit!

… In verschiedenen Regionen der Welt finden vom kapitalistisch-imperialistischen System hervorgerufene Kriege statt. Besonders betroffen … sind der Mittlere Osten und Frauen. Der IS symbolisiert das patriarchalische Herrschaftssystem in Reinform. Niemals war so deutlich wie heute, dass die Rettung der Menschheit vom Kampf der Frauen abhängt. Die größte Unterstützung findet der IS bei der türkischen Regierungspartei AKP, die ebenfalls daran arbeitet Frauen ins Mittelalter zurückzuversetzen. Sie betrachtet die Frauen und den Widerstand der Völker Kurdistans als größtes Hindernis, das es mit blutigen Massakern zu beseitigen gilt.

Vor allem in Kobane und Sengal, in Rojava und ganz Kurdistan ist offensichtlich geworden, dass Frauen mit ihrem Kampf die Werte der Menschheit verteidigen. In Rojava und Nordkurdistan wird Schritt für Schritt ein auf Freiheit und Selbstverwaltung basierendes System aufgebaut, das eine Alternative zum zerstörerischen Kapitalismus darstellt. In diesem System übernehmen Frauen die Führungsrolle. … Es lebe der Frauenkampf!“

Heide Bothe ■

Sozialstaatlicher Nationalismus ist keine linke Perspektive.

Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert zu entwickeln, hieße mehreren Anforderungen gerecht werden zu müssen: Es sollte eine schlüssige und handlungsmächtige Deutung der sozialen Frage als Frage globaler Gerechtigkeit, des gleichen Rechts auf Glück geben. Die Trennung zwischen ‚sozialer‘ und ‚kultureller‘ Linker sollte überwunden werden, da soziale Fragen immer auch Fragen der Lebensweise sind, des gelebten Respekts vor Gleichheit und Aufklärung. Die Vorstellung eines demokratischen Sozialstaates sollte nationalstaatliche Grenzen nicht zur Existenzbedingung haben.

Fußnoten

1 Frank Decker 2015, Die Veränderungen der Parteienlandschaft durch das Aufkommen der AfD – ein dauerhaftes Phänomen?, in: Andreas Zick/Beate Küpper, Wut. Verachtung. Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, S. 109.

2 Decker 2015, ebd.; vgl. auch Frank Decker 2012, Warum der parteiförmige Rechtspopulismus in Deutschland so erfolglos ist, in: Vorgänge Nr. 1, S. 21-28.

3 Vgl. n.v.a.: David Bebnowski 2015, Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz
einer rechten, populistischen Partei, Wiesbaden mit ausführlichen Literaturhinweisen; Alexander Häusler/Rainer Roeser 2015, Die rechten >Mut<-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“, Hamburg.

4 http://www.welt.de/politik/deutschland/article120160405/AfD-Anhaenger-aus-dem-Milieu-der-Schoenhuber- Waehler.html

5 Decker 2015, a.a.O., S. 109f.

6 Decker 2015, a.a.O., S. 110.

7 Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2014, Die Ergebnisse der Europawahl 2014. Wahlnachtbericht und erste Analyse, http://www.benjamin-hoff.de/kontext/controllers/document.php/809.6/f/10c.pdf.

8 Renate Köcher 2013, Alternative für Deutschland?, in FAZ: http://www.ifdallensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/April13_AfD.pdf.

9 Benjamin-Immanuel Hoff 2016, Progressive Politik statt Ausschließeritis, https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/progressive-politik-statt-ausschliesseritis.

10 Everhard Holtmann 2008, Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, S. 424.

11 Vgl. Holtmann 2008, a.a.O., S. 425.

12 Vgl. Holtmann 2008, ebd.

13 Vgl. Holtmann 2008, a.a.O., S. 425f.

14 Stefan Schieren 1999, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/99, S. 68.

15 Richard Stöss/Oskar Niedermayer 1998, Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland im Frühsommer 1998. Arbeitspapier des OttoStammer-Zentrums Nr. 1, FU Berlin, Berlin, zitiert in: Schieren 1999, ebd.

16 Schierer 1999, ebd.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 13./14. März 2016 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsin-stituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

Autoren

Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftlerund seit 2014 Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Chef der Staatskanzlei beim Freistaat Thüringen. Zuletzt erschien von ihm beim Hamburger VSA-Verlag „die linke: partei neuen typs? milieus-strömungen-parteireform“.
Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen und ist am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Lohn und Brot..
Andreas Stahl studiert in Trier Philosophie, Politikwissenschaften und Soziologie. Er interessiert sich innerhalb und außerhalb des Studiums für kritische, linke Gesellschaftsanalyse und betreibt mit Anderen die Website www.rosasalon.de

Der vollständige Text lässt sich hier herunterladen: http://www.rosalux.de/publication/42193/die-ergebnisse-der-landtagswahlen-am-13-maerz-2016.html

Die Keupstraße schafft Zschäpe!

Der Anschlag in der Keupstraße spielte bei den Taten des NSU eine besondere Rolle: Angelegt auf einen Massenmord hielt der NSU diese Tat für besonders wichtig. Von 59 Zeitungsausschnitten, die im Archiv des NSU gefunden wurden, bezogen sich 20 auf die Tat in der Keupstraße (auf einem der Zeitungsausschnitte war ein Fingerabdruck von Beate Zschäpe). Im Bekennervideo (Paulchen Panther) wird der Anschlag besonders breit behandelt, der NSU sah darin – wie andere rechtsradikale Bombenleger auch – ein besonders wirksames Terrormittel.

Mehr als eineinhalb Stunden Material aus Fernsehsendungen über den Anschlag in der Keupstraße hatte der NSU ursprünglich auf Videorecorder und später digitalisiert gespeichert. Gerade diese „Fleißarbeit“ wird nun Beate Zschäpe zum Verhängnis werden. Nach erneuter Auswertung der entsprechenden DVD (die man besser vielleicht schon vor vier Jahren so sorgfältig ausgewertet hätte), stellt sich heraus, dass Fernsehsendungen ab dem 09.06., 18.00 Uhr gespeichert wurden, also zu einem Zeitpunkt, als Mundlos und Böhnhardt noch gar nicht wieder in Zwickau sein konnten. Das besondere an den festgestellten Aufnahmen: Sie wurden offenbar manuell vorgenommen, das heißt auch in laufenden Sendungen wurde von einem zum anderen Sender gewechselt, so dass eine vorherige Programmierung kaum möglich war. Damit dürfte erneut feststehen, dass Beate Zschäpe in vollem Umfang in Vorbereitung und Durchführung des Anschlages in der Keupstraße einbezogen war.

Wie ernst dieses Indiz auch von der Verteidigung Zschäpe gesehen wird, wird daran deutlich, dass diese laut Stadtanzeiger darüber spekuliert, ob statt Frau Zschäpe ein Unterstützer die Aufnahmen gemacht hat. Warum aber sollten Mundlos und Böhnhardt einem externen Unterstützer mehr vertrauen als der Frau, mit der sie damals bereits sechs Jahre im Untergrund zusammengelebt hatten? Rechtsanwalt Grasel soll gegenüber dem Tagesspiegel sogar erklärt haben, es könne sein, dass Mundlos und Böhnhardt bei „einem Freund in Köln“ die Aufnahmen selbst gemacht hätten. Nun glauben wir gerne, dass Mundlos und Böhnhardt „einen Freund in Köln“ hatten, allerdings wagen wir einmal zu prognostizieren, dass Frau Zschäpe angeblich nicht weiß, wer dieser Freund ist. Sicherlich musste in Köln noch einiges für den Anschlag vorbereitet werden und käme ein „Freund“ gerade recht. Dort aber über viele Tage hinweg die Videoaufnahmen zu machen um dann die Kassette nach Zwickau zu schicken ist sicherlich Unsinn.

Im Lichte dieser Erkenntnis muss man dann auch die schamlose Einlassung der Frau Zschäpe aus dem Dezember letzten Jahres sehen, in der sie behauptet hat, sie sei „einfach nur entsetzt“ über den Anschlag gewesen und hätte ihn „absolut sinnlos“ gehalten. Tatsächlich hat sie seinerzeit offenbar nur darauf gewartet, dass die Fernsehberichterstattung über den Anschlag beginnt.

Dass das Trio gemeinsam bereits sechs Wochen nach dem Anschlag in der Keupstraße einen fröhlichen entspannten Sommerurlaub an der Ostsee verbracht hat, rundet das Bild der angeblich so entsetzten, in Wirklichkeit aber verlogenen Angeklagten, ab. Es ist eine denkwürdige Wendung der Geschichte, dass gerade der Anschlag, den der NSU besonders sorgfältig vor- und nachbereitet hat, letztlich auch einen wesentlichen Schlussstein für die Mittäterschaft der Frau Zschäpe darstellt. Dass dies auch für die Mittäterschaft überhaupt (das heißt auch in den anderen Mordfällen) von Bedeutung ist, liegt ebenfalls auf der Hand.

Eberhard Reinecke ■

„9. Lesertreffen“ von „Recht & Wahrheit“ mit NRW-Beteiligung

GÜTERSLOH – Vom 8. bis 10. April soll das 9. Lesertreffen der Zeitschrift „Recht & Wahrheit“ im Hotel Hufhaus in Ilfeld im Südharz stattfinden, das von dem im Kreis Gütersloh wohnhaften Meinolf Schönborn organisiert wird. Angekündigt sind als ReferentInnen vor allem Personen aus NRW, genauer gesagt aus Ostwestfalen.

So soll Ursula Haverbeck, die bekannte Auschwitzleugnerin aus Vlotho, zum Thema „Was hat der ‚Elfte September‘ mit der Umvolkung Deutschlands zu tun?“ sprechen. Sascha Krolzig von „Die Rechte“ ist mit einem Vortrag zum Thema „Revolution des Bewußtseins? Zur aktuellen politischen Lage“ und der aus Springe stammende Hans-Ulrich Höfs zum Thema „Das Egoistische Gen“ angekündigt.

Eingeladen hat zu dem Treffen der heute 60 jährige Meinolf Schönborn, einst Vorsitzender der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“, der 2009 das seit 1985 erscheinende, extrem rechte Traditionsblatt „Recht & Wahrheit“ übernahm. Eine besondere Bedeutung für die extreme Rechte hat das Blatt zurzeit allerdings nicht inne. Dies mag auch daran liegen, dass die Zeitschrift über kein klar erkennbares Konzept verfügt, sondern eher willkürlich zusammengewürfelte Artikel mit nationalistischen, rassistischen oder verschwörungstheoretischen Inhalten veröffentlicht.

Seit Jahren versucht sich Schönborn eine Anhängerschaft aus dem Kameradschaftsspektrum zu organisieren, bisher vergeblich. Ob die Einbeziehung des ehemaligen Kaders der 2012 verbotenen „Kameradschaft Hamm“, Sascha Krolzig, dieses Vorhaben voranbringen wird, ist zweifelhaft, verfügt dieser doch selbst kaum über mehr als eine Handvoll AnhängerInnen.

www.lotta-magazin.de, 5.3.2016 ■

Keine Ermittlung gegen Neonazi-Netzwerk

Ein Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft und sechs weitere politisch motivierte Taten wird einem kürzlich entdeckten Neonazi-Netzwerk vorgeworfen. Die Bundesanwaltschaft möchte die Ermittlungen dennoch nicht übernehmen. Es handele sich um „keine terroristische Vereinigung“.

Nach den Festnahmen von gewalttätigen Rechtsextremisten im brandenburgischen Nauen wird die Generalbundesanwaltschaft nicht die Ermittlungen übernehmen. Die Karlsruher Behörde sehe in dem mutmaßlichen Neonazi-Netzwerk „keine terroristische Vereinigung“, berichtete am Sonntag der RBB unter Berufung auf einen Sprecher der Bundesanwaltschaft. Die Taten, die der von einem NPD-Politiker geführten Bande vorgeworfen werden, würden nach bisherigem Sachstand den Staat „nicht erheblich schädigen“.

Der Gruppe wird vorgeworfen, 2015 einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft verübt zu haben, darüber hinaus sechs weitere politisch motivierte Taten unter anderem gegen ein Parteibüro der Linken. Der inhaftierte Hauptverdächtige Maik S. ist Stadtverordneter der NPD in Nauen. Der 29-Jährige sei ebenso wie ein 28 Jahre alter weiterer Verdächtiger in Haft, hatte am Freitag die Staatsanwaltschaft Potsdam mitgeteilt. Der Haftbefehl gegen eine 22-jährige Frau sei außer Vollzug gesetzt. Ermittelt werde wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Insgesamt sollen der Gruppe etwa fünf Personen angehören.

Quelle: worden. http://www.migazin.de 07.03.2016 ■

Grundlagen rechter Ideologie – völkischer Nationalismus

Die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ wurde in Bremen von VVN/BdA, DGB, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Arbeit und Leben vom 1. bis zum 26.2. gezeigt. Im Begleitprogramm gab es Veranstaltungen zu den Themen „Rechtspopulismus und die Folgen“, „Rassismus und Sprache“, „Grundlagen völkischen Nationalismus“ und zum NSU-Prozess. Am 18.2. hielt H. Kellershohn vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) einen Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema „Grundlagen völkischen Nationalismus. Das DISS beschäftigt sich seit über 20 Jahren mit Themen wie Rechtsextremismus, Rassismus und Migration, Diskurstheorie und Diskursanalyse.

Der völkische Diskurs – nach 1945 in der Bundesrepublik über Jahrzehnte diskreditiert – erlebt in den achtziger Jahren („Jungkonservatismus“, „Neue Rechte“, „Nationalrevolutionäre“) und verstärkt seit ca. 3 Jahren einen erneuten Aufschwung vorangetrieben u.a. von Pegida und großen Teilen der AfD. Die Geschichte des völkischen Nationalismus in Deutschland ist aber wesentlich länger.

Erscheinungsformen des völkischen Nationalismus (vor 1930)

Insbesondere wurden hier genannt:
- als Anknüpfungspunkt eine seit dem 17. Jhd. wiederaufgegriffene Germanenideologie (bezogen auf Tacitus),
- seit den antinapoleonischen Befreiungskriegen die Betonung des Volksbegriffs (vor allem in Preußen),
- der sich seit der Gründerkrise des deutschen Reiches verbreitende Antisemitismus,
- eine sich überparteilich gebende völkische Bewegung ab 1890,
- die sogenannte Konservative Revolution von „Jungkonservativen“ und soldatischem Nationalismus organisiert im Deutschen Schutz- und Trutzbund.

Diese völkische Bewegung wurde schließlich zum großen Teil von der NSdAP aufgesaugt.

Von der Schrift „Deutschland den Deutschen“ aus dem Jahr 1890 lassen sich direkte Verbindunglinien ziehen zu Pegida („Wir sind das Volk“, 2014) und Höcke/Gauland von der AfD („Deutschland ist unser Land“, 2015). Die heutige völkische Bewegung geriert sich als Sammelbewegung mit wenig durchschaubarer Struktur, mittelständischem Charakter, als „APO von rechts“.

Inhalte völkischen Nationalismus

Zwischen Individuum (aus Aufklärung und Liberalismus) und Klasse (aus sozialistischer und Arbeiterbewegung) gruppiert sich der Volksbegriff alternativ und auf jeden Fall übergeordnet zu beiden.

Die Nation wird als Bewusstwerdung des „Volkes“ verstanden.

Der völkische Nationalismus bewegt sich in einem Koordinatensystem von Sprache, Rasse und Religion. Sprachpurismus („Reinigung“ der deutschen Sprache z.B. von „Anglizismen“), die Biologisierung des Volksbegriffs durch „Rasse“ sowie Elemente eines „deutschen Christentums“ (auch Evangelikale) und der nordischen Mythologie kennzeichnen diese Bewegung und strahlen in verschiedene Organisationen heute vor allem Pegida und AfD aus.

Die völkische Bewegung verortet sich in einem Spannungsfeld von „oben“ (Eliten) und „unten“(Plebejer“), außen („fremd“) und innen („wir“) Die Grenze zwischen außen und innen muss dicht sein und wird dabei bestimmt durch Sprache, Rasse und Überlegungen zur Geopolitik.

Kernideologeme völkischen Nationalismus

Kurzgefasst wurden hier vorgestellt:
- Das (deutsche) Volk als reine Abstammungsgemeinschaft,
- ethnische Homogenität (Volk wird Nation gleichgesetzt),
- Volksgemeinschaft,
- ein autoritärer Staat mit Führer und Elite, um die Durchsetzung der völkischen Ziele zu gewährleisten,
- Nationale Identität wobei diese Identität eine Identifizierung mit der Nation voraussetzt,
- Freund-Feind-Denken gegen alles „Undeutsche“ und Nichtdeutsche (Nachbarn),
- Biopolitik, die die Reproduktion des „Volkskörpers“ sichern soll. Feindbild ist hier z.B. Gender-Mainstreaming u.a.
- ein nationaler Machtstaat nach außen, um „Raumpolitik“ gemäß dem rechten Mitteleuropakonzept durchzuführen.
- als größte Bedrohung werden „Umvolkung“ oder noch schlimmer „Volkstod“ betrachtet (dagegen wird die „Fiktion des Bürgerkriegs“ gesetzt als „letzte friedliche Chance“)

Zur Diskussion

Hier wurde von H. Kellerhohn die Notwendigkeit der Diskussion über das Thema betont. Während in anderen Ländern wie Frankreich (FN), Österreich (FPÖ) oder Polen schon länger völkische Bewegungen deutlich wahrnehmbar sind, ist diese Bewegung in größerem Umfang für Deutschland neu.

Seitdem sich die CDU unter Merkel in einem Modernisierungsprozess befindet, um die Partei an veränderte gesellschaftliche Bedingungen anzupassen und wählbar zu halten, versucht die AfD rechts davon Einfluss zu nehmen und nach ganz rechts die Funktion eines Stabsaugers wahrzunehmen. Merkels Regierungspolitik wie Abschaffung der Wehrpflicht, Energiewende, Flüchtlingspolitik und Familienpolitik schafft so Anknüpfungspunkte für die AfD. Bekanntlich ist die Diskussion in der CDU darüber ja auch nicht beendet.

Wjo ■

Verleihbedingungen, Schulungen, Termine

Die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ kann ausgeliehen werden. Ihre früheren Fassungen wurden bereits in zahlreichen Bürgerhäusern, Rathäusern, Gewerkschaftshäusern, Kirchengemeinden, Jugendzentren, Kulturzentren, Schulen, Universitäten, Parlamenten und anderen öffentlichen Räumen gezeigt.

Die Ausstellung besteht aus 19 Tafeln im DIN A1-Format (59,4cm x 84,1cm) auf PVC-Folie und zwei größeren Bannern auf Stoff (240cm x 170cm und 120cm x 85cm). Es kann auch eine Fassung in DIN A2 (42,0cm x 59,4cm) ausgeliehen werden, mit entsprechend verkleinerten Stoffbannern (170cm x 120cm und 85cm x 60cm). Tafeln und Banner sind robust. Sie sind mit Schienen und Haken versehen und können somit problemlos gehängt werden.

Die Ausleihgebühr beträgt 100,00€ pro Verleihwoche. Der Versand erfolgt per Post und kostet 13,90€.

Wenn Sie Führungen durch die Ausstellung organisieren wollen, können Wie für ihre Aktiven eine Schulung mit uns vereinbaren.

Für weitere Informationen:
http://neofa-ausstellung.vvn-bda.de

Umkämpfte Arbeitrechts-„Reform“:

Was sagt eigentlich die extreme Rechte dazu? Bei aller sonst triefenden sozialen Demagogie?

Zum zehnten Geburtstag gab es ein richtiges Ständchen. An der Party nahmen mehrere Hunderttausend Menschen teil, und es werden noch weitere erwartet. Ungefähr so könnte man die Wiederkehr des Jahrestags jener Sozialproteste, die zum letzten Mal in Frankreich eine Regierung zu einem Rückzieher zwingen konnten, beschreiben.

Im März und April 2006 fanden Demonstrationen mit bis zu drei Millionen Teilnehmer/inne/n landesweit gegen den Contrat première embauche (CPE, „Ersteinstellungsvertrag“) statt. Bei dem gleichnamigen Mechanismus handelte es sich um eine Vertragsform, die es erlauben sollte, in Arbeitsverhältnissen für unter dreißigjährige Lohnabhängige den Kündigungsschutz quasi auszuhebeln. Während der ersten beiden Jahre sollte eine Aufkündigung des Arbeitsvertrags durch den so genannten Arbeitgeber ohne Begründung, und damit auch ohne Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung des Kündigungsgrunds, möglich sein. Die massenhaften und teilweise auch militanten Proteste brachten Staatspräsident Jacques Chirac damals dazu, den betreffenden Gesetzesartikel Anfang April 2006 abzuschaffen, nachdem er formal bereits in Kraft getreten war.

Die Studierendengewerkschaft UNEF forderte vor kurzem die jungen Generationen in Frankreich dazu auf, den zehnten Jahrestag des bislang letzten effizienten und massenhaften Sozialprotest zu feiern. Und zwar durch neue Demonstrationen, Kundgebungen und lautstarke Unmutsbekundungen. Gegenstand der keineswegs musealen Zwecken dienenden, neuerlichen Proteste ist dieses Mal ein Gesetzentwurf, der von Vielen kurz und bündig als Loi Travail („Arbeitsgesetz“) bezeichnet wird. Formal trägt er den Titel Loi El Khomri, benannt nach der zuständigen Politikerin, der 37jährigen Arbeits- und Sozialministerin Myriam El Khomri.

Die junge Frau, die erst im September 15 auf diesen Posten eingesetzt wurde, ist jedoch nicht vom Fach und kümmerte sich zuvor um Diskriminierungsbekämpfung sowie Innere Sicherheit. Der amtierende Premierminister Manuel Valls vom rechtesten Flügel der Sozialdemokratie sorgte dafür, dass die in Sachen Arbeitsrecht völlig unerfahrene Amtsinhaberin – die sich in Interviews mehrere peinliche Patzer zu fachlichen Fragen leistete – lediglich den Kopf hinhalten muss, um eine von ihm gewünschte und persönlich initiierte „Reform“ durchzudrücken.

Valls ist ein Sozialdemokrat vom Schlage eines Gustav Noske, als sein historisches Vorbild gibt er gerne George Clemenceau an. Dieser frühere Amtsvorgänger Valls ist unter anderem dafür bekannt, dass er 1906 – dem Jahr seiner Regierungsübernahme – die Armee auf streikende Arbeiter schießen ließ. Valls bezeichnet Clemenceau, der sich selbst auch gerne als Sieger des Ersten Weltkriegs darstellte, als Vorbild für eine „realistische“ Sozialdemokratie. Den 1914 durch einen Nationalisten ermordeten Gründervater der modernen französischen Sozialdemokratie, Jean Jaurès, stellt er ihm als Vertreter einer nach seinen Worten „idealistischen“, um nicht zu sagen ideologisch verblendeten, Variante entgegen. Als Rechtsaußenbewerber für die Präsidentschaftskandidatur des Parti Socialiste (PS) erhielt Valls bei der Urabstimmung 2011 nur knappe sechs Prozent der Stimmen. Dennoch machte der später gewählte Präsident François Hollande ihn erst zum Innen- und später zum Premierminister. Er soll sowohl konservative Kräfte wie das in Verbänden organisierte Kapital einbinden.

Letztere diktierten ihm direkt die geplante „Reform“ zum Arbeitsrecht, die erstmals Mitte Februar 2016 vorgestellt wurde. Mutmaßlich glaubte Valls, durch die monatelangen Debatten um Notstand und Ausbürgerungspläne für „Terroristen“ seien die Franzosen hinreichend abgelenkt, um sich nicht um solche Kleinigkeiten wie Arbeitsrecht zu kümmern. Auch schienen Gewerkschaften und Linke, nach mittlerweile vierjähriger politisch-sozialer Depression unter Präsident Hollande, weitgehend gelähmt und handlungsunfähig. Dem ist jedoch nicht so. Nachdem am 9. März d.J. frankreichweit zwischen 224000 (lt. Innenministerium) und 500000 (lt. Gewerkschaften) Menschen gegen den regressiven Entwurf protestierten, wird nun bereits zu neuen Aktionstagen aufgerufen. Die Studierendengewerkschaft UNEF mobilisiert die jüngere Generation zu neuen Protesten am 17. März. Mehrere Gewerkschaftsdachverbände rufen unterdessen zu einem Aktions- und Demonstrationstag am 31. März dieses Jahres auf. Der Dreck muss vom Tisch!

Aber es stellt sich noch eine wichtige politische Frage. Denn Frankreich weist im europäischen Vergleich derzeit eine besonders starke extreme Rechte auf, welche auch bis in die Arbeiterschaft und in gewerkschaftsnahe Kreise hinein einen gewissen Einfluss ausübt; vgl. dazu nebenstehenden Artikel. Aber was sagen eigentlich die Kräfte der extremen Rechten zu dem Entwurf, und zur sozialpolitischen Auseinandersetzung darum?

FN-Prosa zum Thema

Verbal geriert die Hauptpartei der französischen extremen Rechten, der Front National (FN), sich zunächst einmal oppositionell und wortradikal. Opposition zählt für die neofaschistische Partei, die seit ihrer Gründung im Oktober 1972 jedenfalls auf nationaler Ebene nie an einer Regierung beteiligt war (anders auf lokaler und teilweise regionaler Ebene), nun einmal bislang zu ihrem politischen Kerngeschäft. Liest man ihre Kommuniqués dazu ausführlicher durch, fällt allerdings eine gewisse Doppelbödigkeit auf. // Vgl. etwa die Erklärung von Marine Le Pen unter dem Titel ‚Projet de loi El Khomri : La régression pour tous’; wir hatten an dieser Stelle keine Lust, rechtsextreme Propaganda im Originalton auf deren Webseite zu verlinken… //

In der ausführlichsten Erklärung der Partei zum Thema – also zu dem Gesetzentwurf, der formal den Namen der zuständigen Arbeitsministerin Myriam El Khomri trägt, aber in Wirklichkeit direkt durch Premierminister Manuel Valls diktiert wurde – wird der Entwurf in der Einleitung zunächst als negativ für die abhängig Beschäftigten bezeichnet. Bei fortschreitender Lektüre fällt allerdings auf, dass danach plötzlich von Beschäftigteninteressen überhaupt nicht mehr die Rede ist. Vielmehr wird in den folgenden Absätzen kritisiert, dass die geplante Reform überwiegend Großunternehmen begünstige. (Dazu gehört tatsächlich die geplante Erleichterung von betriebsbedingten Kündigungen. Bislang muss ein Konzern, der in Frankreich Massenentlassungen plant, nachweisen, dass er in der betreffenden Sparte wirtschaftliche Schwierigkeiten aufweist, und zwar auf nationaler wie internationaler Ebene. Der Entwurf möchte die Analyse dazu auf die nationale Ebene beschränken, multinationale Unternehmen könnten also ungestört Gewinne und vorgebliche Verluste je nach Bedarf zwischen ihren Filialen verteilen und eventuell damit Massenkündigungen begründen.)

Während also größeren und multinationalen Unternehmen in mehreren Bestimmungen des Entwurfs Vergünstigun-

gen verschafft würden, fährt der FN in seiner Erklärung fort, sei für kleinere und so genannt mittelständische Unternehmen keine vergleichbare Begünstigung vorgesehen. Was wiederum in Wirklichkeit nicht stimmt: Man denke nur an die geplante Bestimmung, wonach der Arbeitgeber in kleinen und mittleren Unternehmen bis zu fünfzig Beschäftigten allein entscheiden soll, welche Lohnabhängigen nach „Arbeitszeitpauschalen" arbeiten. Bei ihnen werden Überstunden nicht gemessen, sondern alle Arbeitsstunden bis zu einem gesetzlichen Maximum von 13 Stunden pro Tag gelten als mit dem Lohn abgegolten. (Allerdings düfte diese geplante Bestimmung wohl noch gekippt werden, nachdem die Regierung sich nunmehr nach ersten Protesten auf Zugeständnisse einstellt. Auch die CFDT findet dies nicht gut, denn einseitig vom Arbeitgeber beschlossene soziale Grausamkeiten lehnt sie ab – diese müssen schon mit ihren Mitgliedsgewerkschaften ausgehandelt worden sein.)

Ansonsten hebt der FN stark auf Nebenaspekte in dem Entwurf ab. So will die Gesetzesvorlage stärker regulieren, in welcher Weise und in welchem Ausmaß konfessionelle Belange in Unternehmen – etwa nach Kantinenspeisung ohne Schweinefleisch, nach Urlaubsrechten an religiösen Feiertagen u.ä. – zum Ausdruck kommen dürfen und Berücksichtigung finden sollen, oder eben nicht. Diese Passagen wählt der Front National zum Ansatzpunkt für seinen Hauptangriff. Unter dem Motto „Ein verschärfter Kommunitarismus" behauptet die rechtsextreme Partei, die französischen Unternehmen würden hier religiösen Sonderinteressen (drei mal darf man raten, welchen…) ausgeliefert würden. // Vgl. dazu die Erklärung des FN unter dem Titel: ‚Loi El Khomri : communautarisme exacerbé, des salariés fragilisés, des TPE-PME oubliés', übrigens mit französischem Rechtschreibfehler im Originaltitel. Wie die vorgenannte im Internet leicht aufzufinden, aber wir wollten an dieser Stelle nicht auf die Webseite der französischen Neofaschisten verlinken. //

FN demonstriert nicht mit – will aber eigene Veranstaltungen abhalten

Die Präsenz des FN auf gewerkschaftlichen und Sozialprotest-Demos blieb den Teilnehmer/inne/n erspart. So erklärte der Vizevorsitzende der Partei, Florian Philippot, er ist normalerweise am ehesten für das sozialdemagogische Profil zuständig, er werde „am Mittwoch (den 9. März) nicht mit demonstieren", überlasse aber den Parteimitgliedern ihre „freie Entscheidung" bezüglich einer Beteiligung oder Nichtteilnahme. Doch „die Lösung kommt nicht von der Straße, sondern von den (Wahl-)Urnen", wie sich ja vielleicht bereits im kommenden Jahr 2017 „bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen" erweisen werde. (Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-eco/2016/03/06/97002-20160306FILWWW00035-philippot-je-n-irai-pas-manifester-mercredi.php).

Die, nicht unbedingt für ihre sensible Gewaltlosigkeit bekannte, Jugendorganisation der Partei (der FNJ) erklärte ihrerseits, nicht an den Demonstrationen teilzunehmen – wo die organisierte extreme Rechte auch definitiv unerwünscht wäre. Allerdings kündigte sie zugleich an, eigene Veranstaltungen abzuhalten, so ist eine öffentliche Veranstaltung in Marseille zum Thema geplant. (Vgl. Erklärung des FNJ unter dem Titel: ‚Contre la loi El Khomri, le FNJ ne manifestera pas le 9 mars avec le MJS et l'UNEF, mais lance une vaste campagne de terrain contre cette loi !')

Angesichts der Tatsache, dass die auf starker sozialer Demagogie beruhende aktuelle Linie der Partei seit dem Vorjahr 2015 unter massiven innerparteilichen Druck geriet (vgl. http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2016/02/schmid_fn_trump.pdf), gingen auch die Anhänger wirtschaftsliberaler Positionen auf der extremen Rechten gegen die aktuelle ablehnende Position des FN zum Gesetzentwurf in die Offensive. Namentlich der eher national-wirtschaftsliberal ausgerichtete Bürgermeister von Béziers, Robert Ménard, der den Gesetzentwurf der Regierung als kleinen positiven Schritt in die „richtige Richtung" hinstellte. (Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/citations/2016/03/02/25002-20160302ARTFIG00129-pour-menard-le-pen-se-trompe-en-s-opposant-a-la-loi-el-khomri.php) Ihm zufolge vertritt die Partei mit ihrer offiziellen Position, die er als schweren Irrtum betrachtet, gar „alte CGT-Positionen von vor zwanzig Jahren" (vgl. http://lelab.europe1.fr/robert-menard-compare-la-position-du-fn-sur-la-loi-el-khomri-a-un-discours-cegetiste-il-y-a-vingt-ans-2689066).

Hingegen bezeichnete der für organisatorische Fragen zuständige Partei-Generalsekretär Nicolas Bay den Gesetzentwurf der Regierung als „Geschenk an den MEDEF". (Vgl. http://www.francetvinfo.fr/economie/emploi/carriere/vie-professionnelle/droit-du-travail/loi-travail-un-cadeau-fait-au-medef-selon-nicolas-bay_1358985.html). Darum ist nun der Konflikt um die sozial- und wirtschaftspolitische Ausrichtung der extremen Rechten erneut voll und in neuer Härte entbrannt. (Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/2016/03/09/01002-20160309ARTFIG00324-au-fn-la-loi-travail-revele-des-approches-divergentes.php sowie http://www.europe1.fr/politique/la-loi-el-khomri-divise-le-front-national-2690446) Diese Streitigkeiten erinneren an jene, die den FN und dessen Umfeld etwa anlässlich der Herbststreiks im November und Dezember 1995 durchzogen.

Ihre Chefin, Marine Le Pen, versucht sich in der Öffentlichkeit ihrerseits durch eine Pirouette aus der Affäre zu ziehen, und zugleich in offensivem Tonfall die soziale Opposition gegen den Regierungsentwurf verbal zu übertrumpfen. Die FN-Vorsitzende erklärt etwa, es sei widersprüchlich-widersinnig, wenn man einerseits diesen Entwurf ablehne, andererseits jedoch die Existenz der (oder die französische Zugehörigkeit zur) EU befürworte. /(Vgl. http://actu.orange.fr/politique/le-pen-cible-ceux-qui-critiquent-la-loi-el-khomri-et-valident-l-ue-afp_CNT000000l3p1B.html) Wodurch die angebliche nationale Frage erneut der sozialen den Rang ablaufen soll: Letztere soll angeblich in der Erstgenannten enthalten sein…

Stiefelfaschisten

Es bleibt die außerparlamentarische, d.h. tendenziell stiefelfaschistische, extreme Rechte. Diese stellt sich den Mobilisierungen der sozialen Opposition dezidiert entgegen, wie sie es bereits bspw. anlässlich des Sozialprotests gegen den CPE (d.h. Angriff auf den Kündigungsschutz) im Februar/März/April 2006, als sie damals auch Besetzer/innen von Hörsäalen und Universitätsräumen während der Anti-CPE-Bewegung militant angriff. (Wir berichteten damals) Heute tut sie dies jedoch mit erheblich schwächeren Kräften.

In Lyon verbreitete die stiefelfaschistische Studentengruppe GUD (Groupe Union Défense) etwa in der zweiten Märzwoche 2016 angeblich Flugblätter – ausweislich ihrer Facebookseite -, auf denen sie ankündigte, sich einer Blockade von Hochschulräumen mit allen Mitteln zu widersetzen. Allerdings war zum fraglichen Zeitpunkt überhaupt keine solche Blockade oder Besetzung geplant. In Amiens attackierte die neofaschistische Jugendgruppe der „identitären" Bewegung – Génération identitaire – am 08. März 16 mit Tränengas das örtliche Parteibüro der französischen KP, wo zu dem Zeitpunkt das Mobilisierungstreffen für die Demonstration am folgenden Tag stattfand.

Insgesamt handelt es sich jedoch um relativ kleine Kaspereien, verglichen mit der neofaschistischen Hilfspolizei-Mobilisierung im Frühjahr 2006 während der Anti-CPE-Bewegung. Der GUD ist heute nicht mehr so stark in bestimmten (besonders juristischen) Fakultäten verankert wie noch besonders in den 1990er Jahren. Viele älteren Herren aus den Reihen des GUD zählen heute allerdings zu den – eher informellen – Beratern von Marine Le Pen, wie Frédéric Chatillon und Philippe Péninque.

Bernard Schmid, Paris ■

Calais, Frankreich, Großbritannien

Französische Politiker „bedrohen“ englische Kollegen mit in Calais geparkten Migranten. Britische Politik macht zusätzliche Gelder für ihre Verwahrung auf dem Südufer des Ärmelkanals locker. Vor Ort geht die Räumung weiter. In Paris, London und Brüssel finden Soli-Demos statt – doch die Solidarität fällt bislang noch absolut ungenügend aus. Vor Ort zeigt die Räumung des „Jungle“-Camps unterdessen äußerst erwartbare Konsequenzen…:

Üblicherweise kennt man solche Drohungen eher von Staatschefs, deren Länder von manchen Europäern mitunter abschätzend als „weniger zivilisiert“ eingestuft werden. Also die sinngemäße Botschaft: Wollt Ihr nicht so, wie ich wohl will – dann sende ich Euch die Migranten, die unfreiwillig bei mir „geparkt“ sind, jedoch nur davon träumen, auf Euer Staatsgebiet zu kommen.

Libyens früherer Staatschef zwischen 1969 und 2011, Mu’ammar Al-Qadhafi (eingedeutscht: Gaddafi), etwa formulierte es im Jahr 2010 – dem letzten vor seinem Sturz und seinem Tod – in folgenden Worten, die an die europäischen Staaten gerichtet waren: „Damit Libyen die Immigration stoppt, muss Europa fünf Milliarden Dollar jährlich zahlen. Sonst wird die Zukunft Europas schwarz sein, und nicht weiß und christlich. Wir sollten diese illegale Immigration stoppen, sonst wird Europa schwarz, (…) es wird sich verändern.“ Mit solchen und anderen Worten ging Gaddafi als Barbar durch (seine Taten sprachen ansonsten aber auch tatsächlich gegen ihn). Die zitierten Formulierungen jedoch waren allerdings eher an die Mentalität eines Teils der politischen Klasse, und der Bevölkerung, in der EU als an seine eigene Sichtweise angepasst. Denn das damalige libysche Regime betrachtete Einwanderung aus dem Afrika südlich der Sahara eher unter dem Blickwinkel der ökonomischen Ausbeutung, und nicht dem ihrer Verhinderung. Auf fünf Millionen libysche Einwohnerinnen und Einwohner des erdölreichen Staates kamen damals bis zu zwei Millionen Migranten… die einen Gutteil der körperlichen Arbeit dort verrichteten.

Auch innerhalb der EU jedoch beherrschen hochrangige Vertreter ihrer eigenen Mitgliedsländer dieselben Spielregeln hervorragend – und lassen entsprechende Drohungen im politischen Raum schweben, für den Fall, dass die anderen nicht spuren.

Am 3. März 2016 richtete etwa der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron die Ankündigung an Großbritannien, sollte das Land sich am 23. Juni dieses Jahres für einen „Brexit“ oder EU-Austritt entscheiden, dann werde Frankreich nicht länger die mehreren Tausend Migranten zurückhalten[1], die in Calais und La Grande-Synthe auf der französischen Seite des Ärmelkanals in slumähnlichen Großcamps leben. Diese Menschen warten nur auf eine Gelegenheit, auf einem Schiff, in einem LKW versteckt oder zu Fuß durch den Eurotunnel – den unterirdischen Eisenbahntunnel zwischen Frankreich und England – auf die britischen Inseln zu kommen. Kurz darauf tat Macrons politischer Boss, Staatspräsident François Hollande, es seinem geschätzten Wirtschaftsminister gleich und richtete ähnliche Drohungen [a]n die britische Politik[2].

Die französischen Behörden hindern bislang die Migranten an dem Versuch, den Ärmelkanal zu überqueren, und erhalten dafür (infolge des „Abkommens von Touquet“, das im Jahr 2003 durch die damaligen Innenminister Nicolas Sarkozy und Jack Straw abgeschlossen wurde) Geld von ihren britischen Kollegen. Seit April 2014 etwa waren siebzig Millionen Euro dafür angesetzt, unter dem Aspekt der „Grenzsicherung“ die jedoch Anfang März d.J. um weitere 22 Millionen aufgestockt wurden. So lautet eines der Ergebnisse des Gipfels, den beide Staatsmächte am Donnerstag, den 3. März 2016, gemeinsam in Amiens abhielten[3]. Dadurch soll unter anderem die laufende Räumung des „Jungle“ genannten Camps in der Nähe von Calais finanziert werden.

Die französische Seite fordert nun jedoch immer lautstärker, nach dem Vorbild der derzeit durch die EU in Süditalien und auf den griechischen Inseln eingerichteten ‚Hot-spots’ – Auflanglager, in denen zwischen „guten Flüchtlingen“ mit Einlassberechtigung in die EU und bösen respektive als unnütz erachteten „Migranten“ unterschieden werden soll – auch am Südufer des Ärmelkanals ein Sortierzentrum einzurichten. Dort sollen britische Behörden dabei mithelfen, zu entscheiden, wer letztendlich dann doch über den Ärmelkanal darf (sicherlich nur eine Minderheit), und wer auf Dauer „entfernt“ werden soll. Da die Zahl der sich am Ärmelkanal stauenden Migranten jedoch zu hoch ist, um daran denken zu können, sie auf einmal abzuräumen und abzuschieben, setzt die französische Staatsmacht auf eine Politik ihrer flächenmäßigen Verteilung. Zum Ende der ersten März-Woche 2016 trafen etwa erneut 16 Menschen aus Calais im südwestfranzösischen Toulouse ein[4].

Ihnen wird versprochen, dass sie in den kommenden bis zu drei Monaten irgendwo auf dem französischen Staatsgebiet zwischen einer „Rückkehrhilfe“ (in Richtung Herkunftsland) oder einem Asylantrag auf französischem Boden entscheiden können soll. Die schwierigste Situation ist dabei jedoch jene der „Dublin-Flüchtlinge“, die also infolge der Einreise über einen anderen EU-Staat (Griechenland, Ungarn, Italien…) und des Dublin III-Abkommens dorthin zurückgeschickt werden sollen. Laut den in Calais und in den Auffangzentren präsenten NGOs betrifft dies jedoch 54 Prozent dieser Migranten. – Unterdessen geht vor Ort in Calais die Räumung weiter.

Diese Räumung ist nach wie vor in vollem Gange, auch wenn die ersten spektakulären Bilder – von Menschen, die sich zu Anfang der ersten Märzwoche dieses Jahres u.a. durch das Anzünden von Gegenständen zu widersetzen suchten – inzwischen in den Medien einer Routine in der Wahrnehmung wichen. Die Räumung ist durch die Behörden auf circa drei Wochen veranschlagt worden; täglich soll ein Hektar geräumt werden, die zu evakuierende Gesamtfläche beträgt zwanzig Hektar (die die Südhälfte der informellen Stadt unter dem Namen „Jungle“ ausmachen). Am vergangenen Wochenende – 12. und 13. März 2016 – wurde nun vermeldet, dass inzwischen zwei Drittel dieses Ziels erreicht worden seien[5].

Spektakulär in den Augen des Publikums war jedoch die Protestaktion, bei welcher sich iranische Migranten die Lippen zunähten und danach mehrfach durch das Camp demonstrierten[6]; es handelt sich um eine vor allem aus dem iranischen Kontext bekannte Protestform. Iraner zählen allgemein zu den Verlierern der jetzigen Migrations- und Asylpolitik in ganze EU-Europa. Sie werden etwa seit Monaten an der Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien abgewiesen, auch zu einem Zeitpunkt, als etwa Syrer und Iraker dort noch durchgelassen wurden, was inzwischen auch nicht länger der Fall ist. Die dahinter stehende „Logik“ lautet, Syrien und der Irak seien Bürgerkriegsländer, im Iran dagegen herrsche ja Frieden und also folglich kein Grund zur Beschwere. Dass der Iran eine der brutalsten Diktaturen in der Region ist und sein Regime i.Ü. mit zu den Hauptkriegsparteien in Syrien zählt (was viel über seine politische Natur aussagt), interessiert dabei nicht.

Es besteht auch Solidarität außerhalb des Camps. So demonstrierten in den vergangenen beiden Wochen Menschen in London (am Dienstag vor dem Institut français), in Dublin, in Genf, in Brüssel, im westfranzösischen Nantes sowie in Paris gegen die Räumung, und generell gegen den Umgang mit den betreffenden Menschen.

In der französischen Hauptstadt trafen sich zunächst am Dienstagabend (1. März) rund 200 Menschen, mehrheitlich

Schüsse auf Flüchtlingsheim

SACHSEN-ANHALT Die Polizei spricht von einer Serie von Anschlägen und hat Ermittlungen aufgenommen. Unbekannte hatten auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft geschossen. Sachsen-Anhalts Innenminister Stahlknecht sprach von einem feigen Anschlag.

Nach den Schüssen auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft im sachsen-anhaltischen Gräfenhainichen (Landkreis Wittenberg) hat die Polizei eine eigene Ermittlungsgruppe gebildet. Ziel sei, mit voraussichtlich sechs Beamten die bislang unbekannten Täter schnellstmöglich zu ermitteln, sagte der Sprecher der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost, Ralf Moritz, in Dessau-Roßlau. Bei den Schüssen auf das zweite Obergeschoss des Gebäudes in der Nacht zum Samstag wurde niemand verletzt. Es gingen aber mehrere Fensterscheiben zu Bruch.

Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) verurteilte den Angriff und sprach von einem „feigen und hinterhältigen Anschlag". „Wir werden alles darangeben, den oder die Täter zu ermitteln und einer gerechten Strafe zuzuführen", fügte er hinzu. Auch Grünen-Spitzenkandidatin Claudia Dalbert zeigte sich entsetzt. Die Tat schüre ein Klima der Angst und versuche, die Stimmung im Land weiter gegenüber Geflüchteten zu vergiften.

Der Anschlag in der Nacht zum Samstag war nicht der erste auf das als Flüchtlingsunterkunft vorgesehene ehemalige Bürogebäude. Die Polizei spricht inzwischen von einer Serie von Anschlägen. So war der Bau in den vergangenen Monaten unter Wasser gesetzt und mit Steinen beworfen worden.

Wie die Polizei weiter mitteilte, hielten sich zum mutmaßlichen Tatzeitpunkt neben den Mitarbeitern des Wachschutzes auch Polizeibeamte in Tatortnähe auf. Auch sie blieben unverletzt. Der Sachschaden wird auf mehrere Tausend Euro geschätzt. Bei den Ermittlungen habe ein Spürhund eine Spur aufnehmen und bis ins Stadtzentrum von Gräfenhainichen verfolgen können. In der Nähe des Tatortes seien 13 Geschosshülsen mit einem Kaliber von 9 Millimetern gesichert worden.

Quelle: http://www.migazin.de 01.03.2016 ■

Haft für Brandstifter

SALZHEMMENDORF Zwei Männer und eine Frau attackierten im August mit einem Brandsatz ein Flüchtlingsheim bei Hameln. Zuvor hatten sie Rechtsrock gehört, und es floss reichlich Alkohol. Die Opfer leiden seither unter Angst. Den Tätern drohen viele Jahre Haft.

Im Prozess wegen des Brandanschlags auf ein bewohntes Flüchtlingsheim im niedersächsischen Salzhemmendorf hat die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von acht Jahren für den Angeklagten Dennis L. (31) gefordert. Es habe sich um versuchten Mord und Brandstiftung gehandelt, sagte Staatsanwältin Katharina Sprave in ihrem Plädoyer am Freitag vor dem Landgericht Hannover. Dennis L. hatte zu Beginn des Prozesses gestanden, in dem Ort bei Hameln in der Nacht zum 28. August einen Molotow-Cocktail in das überwiegend von Asylbewerbern bewohnte Mehrfamilienhaus geschleudert zu haben. Gemeinsam mit ihm müssen sich zwei Mittäter verantworten. (Az: 39 Ks 20/15)

Bei dem Anschlag waren eine damals 34-jährige Frau aus Simbabwe und ihre drei Kinder nur knapp dem Feuer entkommen. Verletzt wurde niemand. Die Tat sorgte bundesweit für Entsetzen. Für den Mitangeklagten Sascha D. (25) verlangte die Staatsanwältin sieben Jahre Haft. Er hatte zuzugeben, gemeinsam mit Dennis L. aus einer leeren Weinbrandflasche und in Heizöl getränkten Holzspänen den Brandsatz gebastelt zu haben. Für die dritte Angeklagte Saskia B. (24) forderte die Staatsanwältin vier Jahre und zwei Monate Haft. Sie hatte eingeräumt, die beiden Männer zum Tatort gefahren zu haben.

Die Tat sei mit einer Tötungsabsicht ausgeführt worden, betonte Sprave. „Es ist eine glückliche Fügung, dass es nicht zur Tatvollendung gekommen ist." Die Staatsanwältin ist überzeugt, dass Fremdenfeindlichkeit das ausschlaggebende Motiv war. „Sie wussten, wer da wohnt, und sie wollten auch genau diese Menschen treffen." Tätige Reue sei nicht erkennbar. Dass der Anschlag nachts geschah, deute auf das Mordmerkmal der Heimtücke hin.

Brandsatz gezielt in das Kinderzimmer

Nebenklage-Anwalt Lukas Theune sah in

Unterstützer/innen sowie eine Gruppe junger afghanischer Migranten – von denen mehrere Hundert in Paris derzeit auf der Straße oder öffentlichen Plätzen übernachten – auf der Place de la République. Am Freitag, den 4. März fand ab 18 Uhr eine weitere Demonstration statt, die dieses Mal ein paar Tage länger vorbereitet worden war. Sie fing vor dem Nordbahnhof (also vor der Gare du Nord, welche Paris per Zug mit Calais und London verbindet) an und endete auf der Place de la République. Daran nahmen laut unseren Beobachtungen etwas über 500 Menschen statt, Unterstützer/innen, aber auch Sans papiers-Kollektive (Sans papiers = ohne Aufenthaltstitel, undocumented) überwiegend westafrikanischer Einwanderer. Die Polizei sprach von 400 Teilnehmer/inne/n. Es ist gut, dass diejenigen protestierten, die daran teilgenommen haben. Doch von einer genügenden Breite der Solidaritätsbewegung kann zugleich noch keinerlei Rede sein!

Vor Ort zeitigt die Räumung erwartbare Folgen: Neben dem als „Jungle" bezeichneten, informellen, jedoch relativ großen Camp entstehen derzeit wieder mehrere kleine, informelle Camps im Unterholz und in den Büschen zwischen Calais und der Kanalküste[7]. Also an vergleichsweise ungeschützten und verstreuten Orten, wie dies vor wenigen Jahren in der Umgegend von Calais noch der Fall war, bevor der „Jungle" als größerer Zusammenschluss entstand.

Dies geschah Anfang 2015, als im Februar/März des Jahres der Druck auf die Migranten in den rumd um Calais existierenden, kleineren informellen Ansiedlungen wuchs: Ihnen wurde bedeutet, ihre Präsenz würde am Ort des jetzigen „Jungle" toleriert, wenn sie sich an einem einzigen Ort konzentrierten. Das war die damalige Politik der Staatsmacht. Umgekehrt scheint der Staatsapparat nun zu der Auffassung gekommen, die starke räumliche Konzentration und das erhebliche Anwachsen des informellen Camps stellten einen zu bedeutenden „Unruhefaktor" (oder, aus Sicht der Rassisten, „Schandfleck") dar, um ihn noch zu tolerieren. Nun wird umgekehrt auf eine Politik der Zerstreuung, Verteilung und Unsichtbarmachung gesetzt.

Bernard Schmid, Paris ■

Fußnoten

1 Vgl. http://www.lemonde.fr/europe/article/2016/03/03/macron-previent-les-anglais-qu-en-cas-de-brexit-la-france-ne-retiendrait-plus-les-migrants-a-calais_4875561_3214.html

2 Vgl. http://www.lefigaro.fr/international/2016/03/03/01003-20160303ARTFIG00371-migrants-brexit-l-avertissement-de-hollande.php

3 Vgl. http://www.lemonde.fr/europe/article/2016/ 03/04/le-sommet-d-amiens-a-t-il-permis-de-resoudre-le-differend-franco-britannique-sur-la-crise-migratoire_4876982_3214.html

4 Vgl. http://www.ladepeche.fr/article/2016/03/04/2297549-16-migrants-de-calais-transferes-a-toulouse-cette-nuit.html#xtor=EPR-7

5 Vgl. http://www.lemonde.fr/societe/article/2016/03/12/les-deux-tiers-de-la-zone-sud-de-la-jungle-de-calais-demanteles_4881778_3224.html

6 Vgl. etwa im Video : http://www.lemonde.fr/europe/video/2016/03/03/calais-des-migrants-se-cousent-la-bouche-pour-protester-contre-le-demantelement_4875642_3214.html

7 Vgl. dazu folgenden erhellenden Artikel in der heutigen Sonderausgabe der Tageszeitung Libération, die dem Thema Calais am vergangenen Montag, den 07. März d.J. allein an die zehn Seiten widmete: https://mail.google.com/mail/u/0/h/11slp6pfzecb7/?&th=1534d9e097f8f72b&v=om http://www.liberation.fr/france/2016/03/06/pres-de-calais-la-jungle-a-fait-des-petits_1437836?xtor=EPR-500001&utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=quot

seinem Plädoyer strafmildernde Umstände als nicht gegeben an. Das von ihm geforderte Strafmaß soll am nächsten Verhandlungstag verlesen werden. Theune betonte, dass der Brandsatz gezielt in ein Kinderzimmer geflogen sei. „Die Tat wurde nur deswegen nicht vollendet, weil der elfjährige Sohn wie durch ein Wunder bei der Mutter im Nebenzimmer schlief.“ Das Trio habe „aus einer pauschalen Ablehnung Nichtdeutscher und Nichtweißer“ heraus gehandelt.

In dem Haus hielten sich zur Tatzeit rund 40 Personen auf – neben deutschen Bewohnern waren dies Asylsuchende aus dem Irak, Pakistan, Syrien, der Elfenbeinküste und Simbabwe. Die betroffene afrikanische Mutter aus Simbabwe wurde durch die Tat stark traumatisiert. Ihr Sohn kann nach Angaben eines Therapeuten seither nicht mehr allein einschlafen.

Die Angeklagten führten den Anschlag vor allem auf ihren hohen Alkoholkonsum zurück. Sie hätten dadurch die Kontrolle über ihre Handlungen verloren. Die Verteidigung hatte eine Tötungsabsicht zurückgewiesen. Das Urteil wird für Mitte März erwartet.

Quelle: http://www.migazin.de 07.03.2016 ■

Flüchtlingsunterkünfte brannten

THÜRINGEN/SCHLESWIG Auch an diesem Wochenende (05./06.03.) brannten Gebäude, in denen Flüchtende leben. In Thüringen mussten zwei Kinder und zwei Erwachsene wegen Verdachts auf Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden. In Schleswig kamen die Bewohner glimpflicher davon.

In einer Flüchtlingsunterkunft im thüringischen Waltershausen ist am Sonntagmorgen ein Feuer ausgebrochen. Die etwa 120 Bewohner mussten zwischenzeitlich ins Freie gebracht werden, teilte die Polizei in Gotha mit.

Das Feuer habe rasch gelöscht werden können. Ein 25-jähriger Mann sowie eine 30-jährige Frau mit ihren zwei Söhnen seien wegen Verdachts auf Rauchgasvergiftung vorsorglich in Krankenhäuser eingeliefert worden.

Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen wegen Brandstiftung aufgenommen. Zunächst stand nicht fest, ob es sich um fahrlässige oder vorsätzliche Brandstiftung handelt. Nach der Untersuchung konnten den Polizeiangaben zufolge die Bewohner in ihre Unterkunft zurückkehren.

Brandanschlag in Schleswig

Eine weiteres Gebäude, in dem Flüchtende leben, brannte in Schleswig. Dort haben Unbekannte in der Nacht zum Freitag einen Brandanschlag verübt. Im Erdgeschoss des Mehrfamilienhauses ist eine syrische Familie untergebracht. Wie die Polizei mitteilte, konnten die Bewohner den Brand mit einer Decke selbst löschen.

Nach ersten Erkenntnissen spritzten zwei Täter von außen eine brennbare Flüssigkeit auf eine Fensterscheibe und zündeten sie an. Durch das Feuer wurde niemand verletzt, es entstand geringer Sachschaden. Landeskriminalamt und Staatsschutz übernahmen die Ermittlungen.

Quelle: http://www.migazin.de 07.03.2016 ■

Rechtsextremismus in Sachsen: Tillich räumt Probleme ein

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat nun auch vor dem Landtag eingeräumt, den Rechtsradikalismus im Freistaat unterschätzt zu haben. „Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus“ und es sei größer, als viele – auch er – wahrgenommen hätten, sagte Tillich am Montag in einer Regierungserklärung in Dresden. Schon am Freitag hatte er im Bundesrat erklärt, dass Sachsen Probleme mit Fremdenfeindlichkeit hat.

Nach den fremdenfeindlichen Krawallen von Clausnitz und Bautzen hatte der sächsische Landtag eine Sondersitzung einberufen. Die Opposition fordert nun einen klaren Kurswechsel der sächsischen Landesregierung und warnt vor einer weiteren Verharmlosung der Situation im Freistaat. Grünen-Fraktionschef Volkmar Zschocke forderte Tillich auf, „Mut zum selbstkritischen Rückblick“ aufzubringen und „seinen Anteil an der Entwicklung zu analysieren“.

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Sachsen – eine Chronologie der Vorfälle seit Sommer 2015.

22. Juni 2015: In Freital bei Dresden demonstrieren etwa 100 Asylgegner vor dem Flüchtlingsquartier. Das Gebäude wird regelrecht belagert. Augenzeugen sprechen von pogromartiger Stimmung. Auch an den Folgetagen finden Anti-Asyl-Demonstrationen statt.

28. Juni: Auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Meißen wird ein Brandanschlag verübt. Am Vorabend hatten sich um die zwei Dutzend Neonazis zusammengerottet, um gegen eine angebliche Gefahr durch Ausländerkriminalität zu protestieren.

24. Juli: Beim Aufbau einer Zeltstadt für Flüchtlinge in Dresden gibt es Proteste. Mitarbeiter des DRK werden angegriffen. Asylgegner wollen den Aufbau behindern. Der Einsatz der Polizei verhindert eine Eskalation.

21./22. August: Im sächsischen Heidenau kommt es zu schweren Ausschreitungen beim Protest gegen eine Flüchtlingsunterkunft in einem ehemaligen Baumarkt. Es kommt zu Ausschreitungen, bei denen Rechtsradikale NS-Parolen skandieren.

8. Dezember: Unbekannte spießen im erzgebirgischen Niederdorf bei Stollberg in der Nacht vor einer Asylunterkunft Schweineköpfe auf. An einem Lichtmast hängen sie Plakate mit flüchtlingsfeindlichen Parolen wie „Bitte flüchten Sie weiter. Es gibt hier nichts zu wohnen“.

26. Dezember: Mit einem vermutlich illegalen Feuerwerkskörper werden mehrere Scheiben an der Eingangstür einer Asylunterkunft in Dresden-Stetzsch gesprengt. Im Haus waren 41 Menschen untergebracht.

5. und 7. Januar 2016: In Chemnitz-Einsiedel kommt es zu rassistischem Protest gegen Asylsuchende. Geflüchtete müssen bei ihrem Einzug in die örtliche Flüchtlingsunterkunft von der Polizei geschützt werden.

18. Februar: In Clausnitz versucht ein aufgebrachter Mob, die Ankunft von Geflüchteten zu verhindern. Die Menge blockiert deren Bus. Polizeibeamte bringen einige der Geflüchteten, darunter auch einen weinenden Jungen, unter Einsatz von Gewalt aus dem Bus.

21. Februar: In Bautzen brennt eine künftige Flüchtlingsunterkunft. Asylgegner klatschen Beifall. Selbst Kinder rufen Medienberichten zufolge rassistische Parolen. Gegen mehrere Personen werden Platzverweise ausgesprochen, weil sie die Löscharbeiten behindern.

Die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Ereignisse in Sachsen bildeten eine lange Kette, die beschäme, sagte Tillich. Zu viele Menschen würden den Rechtsradikalismus schweigsam dulden und „daneben stehen oder auf dem Sofa sympathisieren“. Es sei ein „jämmerliches und abstoßendes Verhalten, wenn Flüchtlinge attackiert, Unterkünfte angezündet und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung missbraucht werden“, erklärte er.

Linken-Fraktionschef Rico Gebhardt warf der Landesregierung vor, lokale Asylproteste wie etwa 2014 in Schneeberg und im vergangenen Jahr in Freital und Heidenau verharmlost zu haben. Vor dem Hintergrund fremdenfeindlicher Angriffe kritisierte er Tillich scharf und warf ihm ein „Wegducken und Ruhighalten“ vor, „wenn es brenzlig wird“.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Frank Kupfer kündigte an, das Programm „Weltoffenes Sachsen“ und die finanzielle Ausstattungen von Demokratie-Projekten zu prüfen. Bei den Haushaltsberatungen stehe zudem die personelle Ausstattung der Polizei an oberster Stelle.

Der sächsische SPD-Fraktionschef Dirk Panther betonte: „Wir haben ein gesellschaftliches Problem in diesem Land.“ Viel zu lange sei relativiert und den geistigen Brandstiftern nicht entgegengetreten worden, sagte er. Grundsätzlich wünsche er sich mehr Demut – auch von Politikern. Vor allem müsse „dem Reden ein Handeln folgen“, forderte Panther.

Regierungschef Tillich wiederholte seine Forderung nach einem starken Staat und mehr politischer Bildung. Zudem werde eine stärkere Zivilgesellschaft und ein intensiverer Dialog mit den Bürgern auf allen Ebenen gebraucht. Tillich wehrte sich zugleich dagegen, „dass durch eine radikale Minderheit der gesamte Freistaat Sachsen in Misskredit gerät".

Tillich wies die Vorwürfe zurück, Sachsen sei in der Vergangenheit untätig gewesen. In dem Zusammenhang verwies er unter anderem auf die frühzeitig gegründeten Sondereinheiten gegen Rechtsextremismus bei Polizei und Justiz und die Initiativen der Staatsregierung für ein Verbot der rechtsextremen NPD.

Nach Angaben der Opferberatung RAA war in Sachsen für 2015 ein massiver Anstieg rechter Gewaltstraftaten zu verzeichnen. Insgesamt seien 477 rechtsmotivierte und rassistische Angriffe gezählt worden, teilte die Opferberatung in Dresden mit. Rechtsmotivierte Gewalt habe im vergangenen Jahr massiv zugenommen und sich innerhalb von drei Jahren – seit 2012 – mehr als verdoppelt.

Schwerpunkte der Gewalt waren den Angaben zufolge die Städte Dresden (116) und Leipzig (77) sowie die Landkreise Leipzig (56) und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (55). Am häufigsten handelte es sich um Körperverletzungen, gefolgt von Nötigungen und Bedrohungen. 74 Angriffe wurden den Angaben zufolge auf oder im Umfeld von Asylunterkünften verübt. Darunter seien 19 Brandstiftungen und 21 gefährliche Körperverletzungen.

Quelle: http://www.migazin.de 01.03.2016 ■

AFD-Angriff auf den Flüchtlingsrat

SACHSEN Am vergangenen Donnerstag tagte der Innenausschuss des Sächsischen Landtages zum Antrag der Linksfraktion „Rassismus ist eine Schande! Angriffe gegen Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten und Muslime unterbinden, rechter Hetze entgegentreten, Gewalt nicht länger verharmlosen" (Landtags-Drucksache 6/2676). Neben dem Polizeipräsidenten Merbitz und zwei Sozialwissenschaftlern wurde der Geschäftsführer des Sächsischen Flüchtlingsrates Ali Moradi als Sachverständiger geladen. In seinen Ausführungen thematisierte Ali Moradi die Auswirkungen rechtspopulistischer und rassistischer Hetze sowie des Anstiegs fremdenfeindlicher Gewalt in Sachsen auf die Situation von Migrant*innen und Geflüchteten. Vorfälle wie in Heidenau und Freital, wo Sicherheitspersonal aus der rechtsradikalen Szene rekrutiert wurde, sind unhaltbar und provozieren ein erneutes Bedrohungsszenario für Asylsuchende und Geflüchtete. Grundsätzlich gilt es die transkulturelle Kompetenzen von Heimleitung und Angestellten in Asylsuchendenunterkünften genau zu überprüfen. Dies wurde in der Vergangenheit zu oft außer Acht gelassen. Die Kompetenzfrage stellt sich auch bezüglich der Ereignisse in Clausnitz wo Thomas Hetze, selbst AfD-Mitglied, zuletzt als Heimleiter der Unterkunft von seinem Job entbunden wurde. In der Vergangenheit wetterte Hetze auf einer Versammlung der Rechtspopulisten gegen den deutschen Staat für den er schließlich später das Heim in Clausnitz leitete. Sein Bruder Karsten Hetze organisierte Recherchen des MDR zu Folge die Proteste bei der Ankunft der Geflüchteten in Clausnitz.

Daraufhin bezichtigt die AfD-Fraktion den Geschäftsführer des Sächsischen Flüchtlingsrates den ehemaligen Heimleiter Thomas Hetze indirekt als Nazi bezeichnet zu haben und fordert den Rücktritt von Ali Moradi. Damit zeigt die AfD ihr wahres Gesicht und versucht den einzigen Migranten in den Reihen der Sachverständigen mit haltlosen Argumenten in die Enge zu treiben. „An einen Rücktritt ist gar nicht zu denken.", so Ali Moradi, „Die Vorgehensweise der AfD zeigt lediglich wie wichtig es ist weiterhin Missstände in Asylsuchendenunterkünften zu thematisieren und das Problem beim Namen zu nennen." Wenn führende Politiker*innen der AfD bundesweit mit fremdenfeindlichen Äußerungen auf sich aufmerksam machen und einen „Schießbefehl" auf Geflüchtete an der deutschen Außengrenze fordern, steht es den Mitgliedern der Partei frei sich davon zu distanzieren und auszutreten oder die menschenverachtenden Äußerungen aktiv oder stillschweigend mitzutragen. Eine Rücktrittsforderung aus diesen Reihen können wir nicht ernst nehmen und motiviert uns zur Fortführung unserer Arbeit.

Zudem forderte die AfD die Sächsische Staatsregierung dazu auf, die öffentlichen Zuwendungen des Freistaates an den Sächsischen Flüchtlingsrates zu überprüfen und diese gegebenenfalls einzustellen. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass der Sächsische Flüchtlingsrat seit seiner Gründung 1991 keinerlei öffentliche Zuwendungen des Freistaates Sachsen erhalten hat.

Das Vorgehen der AfD offenbart ihr wahres Gesicht. Stigmatisierungen, welche auf fehlerhafte Informationen beruhen, sollen das ohnehin angespannte Klima in der Debatte um das Thema Asyl weiter anheizen und Unterstützungsstrukturen diffamieren. Räume der Angst gibt es in Sachsen mittlerweile genug. Wir zeigen uns von den Forderungen der AfD unbeeindruckt, werden Missstände weiterhin benennen und danken all denjenigen, die uns bei unserer Arbeit unterstützen.

Quelle: Pressemitteilung Sächsischer Flüchtlingsrat 07.03.2016 ■

EU-Türkei-Gipfel: Individuelles Asylrecht steht zur Disposition

Von der Tagung der EU-Staats- und Regierungschefs mit dem türkischen Ministerpräsident Davutoğlu geht ein verheerendes Signal aus: Flüchtlings- und Menschenrechte werden einer knallharten Interessenspolitik geopfert. Die europäischen Staats- und Regierungschefs sind bereit, in Sachen Menschenrechtssituation in der Türkei alle Augen zuzudrücken, sofern die türkische Regierung ihren Part bei der Verhinderung der Flucht in Richtung Europa erfüllt.

Die Türkei bekräftigt ihre Zusage, „die rasche Rückkehr/Rückführung aller Migranten zu akzeptieren, die keinen internationalen Schutz benötigen und von der Türkei aus in Griechenland einreisen." Auch alle in türkischen Gewässern aufgegriffenen „irregulären Migranten" wolle die Türkei zurücknehmen. Nicht zuletzt der NATO-Einsatz in der Ägäis soll dafür sorgen, dass möglichst viele Boote gar nicht erst in griechische Gewässer gelangen. Auf weitere Maßnahmen solle nun hingearbeitet werden, so das Abschlussdokument – auch darauf, künftig „alle neuen irregulären Migranten, die von der Türkei aus auf den griechischen Inseln ankommen", rückzuführen. Das individuelle Asylrecht und die Schutzbedürftigkeit spielen in diesem Szenario keine Rolle. Die Tatsache, dass die Türkei über kein funktionierendes Schutzsystem verfügt, wird ignoriert. Der UNHCR hat in einer ersten Stellungnahme prinzipielle völkerrechtliche Bedenken geäußert und erinnerte die EU-Staaten daran, dass eine pauschale Rückführung aller Bootsflüchtlinge nicht im Einklang mit ihren internationalen Verpflichtungen stünden.

Schutzbedürftige gegeneinander ausgespielt

Nur syrischen Flüchtlingen wird überhaupt noch ein Schutzanspruch zugesprochen, was in dem vorgesehenen Deal deutlich wird: Für jeden von der Türkei rückübernommenen Schutzsuchenden aus Syrien soll ein syrischer Flüchtling über Resettlement in die EU-Mitgliedstaaten aufgenommen werden. Und was ist mit den Flüchtlingen aus Afghanistan, Iran, Somalia, Eritrea etc.? Sie werden dem unzulänglichen Schutzsystem und weiteren Menschenrechtsverstößen in der Türkei vollkommen ausgeliefert. Auf perfide Art und Weise werden damit Schutzbedürftige gegeneinander ausgespielt. Dass die EU-Staaten sich tatsächlich zur Aufnahme von syrischen Schutzsuchenden bereit erklären, ist außerdem mehr als fragwürdig. Bisher geht die Aufnahmebereitschaft in Europa gegen Null. Die Abschlusserklärung des Gipfels hält explizit fest: Den Mitgliedstaaten

werden „in Bezug auf Umsiedlung und Neuansiedlung keine neuen Verpflichtungen auferlegt“.

Abschottung der Balkanroute

In Griechenland ist weder ein Asylverfahren noch eine Versorgung für Zehntausende von Schutzsuchenden möglich. Die Sperrung der Balkan-Route wird zu einer dramatischen Zuspitzung der humanitären Krise führen. Schon jetzt sitzen mehr als 14 000 Menschen, darunter 4000 Kinder, an der griechisch-mazedonischen Grenze bei Idomeni fest. Sie hausen in Zelten, viele sind krank. In ihrer Erklärung halten die europäischen Staats- und Regierungschefs fest, die „Politik des Durchwinkens“ müsse beendet werden: „Bei den irregulären Migrationsströmen entlang der Westbalkanroute ist nun das Ende erreicht.“ Das „Ende“ bedeutet das Festsitzen Zehntausender – rechtlos und ohne Schutzperspektive.

NATO assistiert beim Menschenrechtsbruch

Die Schiffe im NATO-Einsatz sollen nun auch in türkischen Gewässern operieren. Durch Aufklärungs- und Informationsarbeit soll die NATO in Kooperation mit der europäischen Grenzagentur Frontex, der griechischen und der türkischen Küstenwache den Kampf gegen Schlepper unterstützen. Das eigentliche Ziel: Flüchtlinge sollen mit allen Mitteln an der Überfahrt auf die griechischen Inseln gehindert werden. Rechtsbrüche werden dabei in Kauf genommen, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Hirsi-Urteil am 23.Februar 2012 entschieden hat, dass europäische Staaten die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) auch außerhalb der europäischen Gewässer beachten müssen. Deutsche und andere Soldaten unterliegen der Geltung der EMRK. Das Aufhalten von Flüchtlingsbooten und die Zuarbeit der NATO beim Stoppen von Flüchtlingsbooten in türkischen Gewässern ist Beihilfe zum Menschenrechtsbruch.

„Sichere Zonen“ in Syrien

Die Eingeständnisse gegenüber der türkischen Regierung machen bei der Zusage zu Visa-Liberalisierungen für türkische Staatsangehörige, weiterer finanzieller Unterstützung und dem Öffnen neuer Kapitel in den Beitrittsverhandlungen nicht Halt. Jenseits jeder menschenrechtlichen Erwägung sollen gemeinsame Anstrengungen zur „Verbesserung der humanitären Bedingungen in Syrien“ bemüht werden, „damit die ansässige Bevölkerung und die Flüchtlinge in sichereren Zonen leben können“. Dieser lang gehegte Wunsch von Erdogan, Schutzsuchende im Kriegsgebiet festzusetzen, führt nicht nur den Flüchtlingsschutz vollkommen ad absurdum, sondern bedeutet auch ein Kotau vor dem desaströsen außenpolitischen Kurs des autoritären Präsidenten.

Das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs bestätigt alle Befürchtungen: Die Zeichen stehen auf Abwehr, die Erosion des Asylrechts ist bereits in vollem Gange. Am 17. und 18. März geht das europäische Trauerspiel in die nächste Runde.

proAsyl ■

Chaos in Asylbehörden schadet Flüchtlingen und Kommunen

DÜSSELDORF/MÜNSTER, 3. März. Die vielfach geforderte schnellere Entgegennahme und Bearbeitung von Asylanträgen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kommt nach Beobachtung der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe nicht voran. Allein in Nordrhein-Westfalen sind nach Einschätzung des Sozialverbands mindestens 100 000 Flüchtlinge in die Kommunen verteilt worden, die noch keinen Asylantrag gestellt haben. Diese Flüchtlinge sind dem BAMF unbekannt.

„Eine Abfrage unter den Flüchtlingsberatungsstellen der Diakonie in den Kommunen hat das erschreckende Bild ergeben, dass viele Flüchtlinge bereits seit acht bis zehn Monaten darauf warten, überhaupt erst registriert zu werden“, kritisiert der Flüchtlingsexperte der Diakonie RWL, Dietrich Eckeberg. Ohne eine Registrierung aber können sie keinen formellen Asylantrag stellen. Darunter sind auch viele besonders Schutzbedürftige wie kranke, schwangere, behinderte oder traumatisierte Asylsuchende.

„In nahezu jeder Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gibt es einen Rückstau bei der Bearbeitung der Asylanträge, der schwerwiegende negative Folgen für die Asylsuchenden hat“, so Eckeberg. Die fehlende Registrierung beim BAMF bewirke, dass Flüchtlingen ihre Rechte vorenthalten werden. Schließlich hätten sie erst mit der offiziellen Antragstellung einen Anspruch auf Deutschsprachkurse und würden auch erst dann beim Einstieg in die berufliche Ausbildung und Erwerbsarbeit gefördert. Die Trennung der Familien sei eine weitere Folge, die nicht hingenommen werden dürfe.

„So lange sie keinen Asylantrag gestellt haben, sind sie in Deutschland zum Nichtstun verdammt“, mahnt der Flüchtlingsexperte. In der Bevölkerung entstehe dann der Eindruck, Asylsuchende seien faul und integrationsunwillig. „Das ist in der derzeitigen aufgeheizten Debatte sehr gefährlich, denn es bedient alte Vorurteile gegen Flüchtlinge.“ Eckeberg fordert, endlich das Warten der Flüchtlinge zu beenden und diese unverzüglich zu registrieren. „Hier wird die Wahrnehmung des Grundrechts auf Asyl verletzt. Die Flüchtlinge verlieren Zeit und grundlegende Rechte. Und Länder und Kommunen bezahlen das vom BAMF verantwortete Chaos.“

Die neue, zentrale Registrierungsstelle in Bochum, die die NRW-Landesregierung plant, hält der Flüchtlingsexperte nicht für den richtigen Weg, um Asylanträge künftig schneller auf den Weg zu bringen. Es sei ein enormer logistischer Aufwand, die täglich rund 2.000 neuankommenden Flüchtlinge von ihren Unterkünften zur zentralen Registrierungsstelle zu fahren, sagt Eckeberg. „Ich frage mich, ob das in Zeiten des elektronischen Datenaustauschs nicht anders geregelt werden kann. Eigentlich müsste doch die Akte wandern, und nicht der Mensch.“

Quelle: Presseerklärung Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. 03.03.2016 ■

EuGH-Urteil Wohnsitzauflagen nur eingeschränkt möglich

Anerkannten Flüchtlingen darf nur bedingt ein Wohnort vorgeschrieben werden, urteilt der Europäische Gerichtshof. Die aktuellen Gesetzespläne für solche Beschränkungen in Deutschland sieht das Innenministerium dadurch aber nicht gefährdet. Opposition und Pro Asyl kritisieren das Vorhaben.

Wohnsitzauflagen für Flüchtlinge können einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zufolge nur bei Integrationsproblemen auferlegt werden. Die Luxemburger Richter urteilten am Dienstag, dass die Auflagen, die die Freizügigkeit sogenannter subsidiär Schutzberechtigter einschränken, grundsätzlich gegen EU-Recht verstoßen. Die Auflagen können allerdings rechtmäßig sein, wenn diese Menschen vergleichsweise große Integrationsprobleme haben, wie der Europäische Gerichtshof (EuGH) mitteilte (AZ: C-443/14 und C-444/14). In Deutschland, wo derzeit über eine Wohnsitzauflage auch für anerkannte Flüchtlinge diskutiert wird, stieß das Urteil auf ein geteiltes Echo.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) begrüßte das Urteil. „Danach sind Wohnsitzauflagen grundsätzlich mit dem Europarecht vereinbar, so wie wir das Urteil lesen, auch für anerkannte Flüchtlinge“, sagte der CDU-Politiker, der derzeit zu politischen Gesprächen in den Maghreb-Staaten ist. Gerade integrationspolitische Interessen benenne der Europäische Gerichtshof als legitime Begründung dafür. „Ich halte eine Wohnortzuweisung für Flüchtlinge für dringend erforderlich, damit es vor allem in Ballungsräumen nicht zur Ghettobildung kommt“, sagte de Maizière.

Das Vorschreiben des Wohnorts soll in Deutschland dafür sorgen, dass die Belastung durch die Zahlung von Sozialleistungen gleichmäßig auf alle Bundesländer verteilt wird. Eine Wohnsitzauflage, die allein Personen mit subsidiären Schutzstatus aus dieser Erwägung heraus erteilt wird, stehe der Richtlinie aber entgegen, urteilte der Europäische Gerichtshof. Allein integrationspolitische Erwägungen erkennt er als Rechtfertigung für die Beschränkung an

In Deutschland gilt eine Wohnsitzauflage grundsätzlich für Flüchtlinge im Asylverfahren. Im Fall vor dem Luxemburger Gericht ging es um zwei 1998 und 2001 nach Deutschland gekommene Syrer, die als subsidiär Schutzberechtigte anerkannt wurden. Der subsidiäre Schutz wird Flüchtlingen gewährt, die nicht aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe politisch verfolgt werden, im Heimatland durch Krieg oder Folter aber ebenso bedroht wären. Flüchtlinge mit dem Anerkennungsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben dagegen derzeit volle Freizügigkeit.

Regierung weiter für Wohnsitzauflagen

Die Koalition will das ändern. Unter anderem Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD), Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) haben sich für eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge ausgesprochen, um einen vermehrten Zuzug in den Städten zu verhindern.

Die Auflage soll laut Regierungskreisen für Flüchtlinge gelten, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen und könnte eventuell befristet werden. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, die Arbeiten an einem Gesetzentwurf könnten nach dem Urteil nun beginnen. Einen Zeitplan gibt es demnach aber noch nicht.

Der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städtetag begrüßten das Urteil ebenfalls und forderten eine schnelle Einführung der Auflage für anerkannte Flüchtlinge. „Ohne eine Wohnsitzauflage sind kommunale Integrationsangebote nicht planbar, und es ist nicht gewährleistet, dass sie die Flüchtlinge auch tatsächlich erreichen“, sagte Landkreistag-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Henneke.

Die Grünen und Pro Asyl lehnten die Pläne dagegen ab. „Wohnsitzauflagen dienen nicht der Integration, sondern erschweren sie“, sagte der Innenpolitiker Volker Beck. Das Urteil sei „kein Blankoscheck für weitere Schikanen gegen Flüchtlinge“.

Quelle: http://www.migazin.de 02.03.2016/2016/03/02 ■

Bewahren wir Fluchthelfer vor dem Gefängnis!

Am 14. Januar 2016 haben dänische Freiwillige den Notruf eines sinkenden Schiffes kurz vor der griechischen Insel Lesbos erhalten. Einer von ihnen, Saleem Adeen, berichtet: „Ich konnte die Kinder schreien hören. Ich sah die Verzweiflung in den Augen der Erwachsenen.“ Den rechtlichen Regeln folgend, riefen die Freiwilligen sofort die griechische Küstenwache. Erst danach eilten sie den Flüchtlingen zur Hilfe. Als die griechische Küstenwache nach Stunden endlich eintraf, verhaftete sie die Freiwilligen. Der Vorwurf: Sie würden Menschen über die Grenze schmuggeln.

Seit Monaten treffen sich unsere Regierungen in endlosen Sitzungen. Es gelingt ihnen nicht, eine wirklich humane Lösung für die Menschen in Not zu finden. Da ist es das Mindeste, dass die vielen Freiwilligen entlang der Fluchtwege nicht bestraft werden. Sie sind die Aktiven, die sich aufmachen und wirkliche Hilfe dort anbieten, wo sie dringend benötigt wird. Sie brauchen Unterstützung, keine Strafe.

Unterschreiben Sie jetzt. Die Retterinnen und Retter gehören nicht ins Gefängnis

Diese, in vielen Ländern der EU bereits bestehenden Strafen, drohen europaweit zementiert zu werden. Die Europäische Kommission arbeitet zurzeit an einem neuen Gesetztesentwurf zum Menschenschmuggel. Bisher hat die EU ihren 28 Mitgliedern empfohlen, nationale Regelungen zum Schutz von Nothelfern zu treffen. Diese Empfehlung fehlt in den aktuellen Entwürfen.

Wir haben aber jetzt eine gute Chance gehört zu werden: Es gibt einen öffentlichen Beratungsprozess zu den neuen Gesetzen. In diesem Prozess fordern wir, dass die Hilfe in der Not nicht als Menschenschmuggel behandelt werden darf.

Unterzeichen Sie und fordern mit uns Schutz für die, die Hilfe leisten

Ein Menschenschmuggler lässt sich dafür bezahlen, dass er Flüchtlinge über Grenzen bringt. Die unzähligen Freiwilligen in Griechenland, hier in Deutschland und anderswo, bieten Flüchtlingen Hilfe und Unterstützung in der Not an. Sie retten Flüchtlinge von sinkenden Schiffen ans sichere Land. Sie helfen dabei, Züge, Fähren und Busse in den Norden zu besteigen. Sie wollen keinen Profit. Sie wollen Leben retten und den Flüchtlingen eine Perspektive in Würde bieten.

Leider müssen wir mit ansehen, wie die meisten Regierungen in Europa solidarische Lösungen blockieren, um eigene Interessen durchzusetzen. Während sie sich streiten, eskaliert die Situation. Tausende Männer, Frauen und Kinder stecken zwischen Griechenland und Mazedonien fest und müssen das Tränengas der Polizei aushalten. Die Verzweiflung und Not ist so groß, dass zwei Flüchtlinge im Zentrum von Athen einen Selbstmordversuch unternommen haben.

Stärken wir den Freiwilligen den Rücken: Unterzeichen Sie!

Wir wollen zusammen dafür eintreten, dass diejenigen, die viel riskieren und alles dafür geben, anderen zu helfen, vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt werden. Wir brauchen die Freiwilligen an den Stränden und Grenzen, nicht hinter Gittern!

Es mag sein, dass unsere Regierungen nicht wissen, welches der richtige Weg ist. Wir wissen, dass Humanität und Würde keine Grenze kennt. Wir wissen, dass Nothilfe keine Strafe verdient.

Hoffungsvolle Grüße
Jörg Rohwedder (Lübeck) • Mika Leandro (Bordeaux) • Olga Vuković (Rom) • Virginia López Calvo (Madrid) • Oliver Modlenhauer (Berlin) • und das gesamte WeMove.EU Team
Unter https://act.wemove.eu kann ein Aufruf unterzeichnet werden.
Quelle: https://www.wemove.eu 04.03.2016

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Aufruf zur bundesweiten NEWROZ-Kundgebung am 19. März 2016 in Hannover

NEWROZ: das Symbol des Widerstandes gegen Kolonialismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit

Kurdistan und der Nahe Osten sind auch in diesem Jahr von Krisen, Chaos und außerordentlichen Entwicklungen gezeichnet.…

Das kurdische Volk hat aus seiner 40jährigen Widerstandserfahrung heraus in Syrien und Nordkurdistan entgegen jeglicher staatlicher Lösungen ihre demokratischen Selbstverwaltungen ausgerufen und auch begonnen, diese umzusetzen. Diese Selbstverwaltungen stellen ein Model für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen in Form einer demokratischen Nation dar.

Während dieses Modell für die Bevölkerung eine Zukunftsperspektive darstellt, sehen die internationalen und regionalen Kräfte in diesem eine Bedrohung.… Als die Selbstverteidigungseinheiten der demokratischen Selbstverwaltungen den IS sowohl in Rojava (Nord-Syrien) als auch in Şengal (Nord-Irak) erfolgreich zurückgedrängt und ihm eine historische Niederlage zugefügt haben, gerieten die Unterstützerstaaten wie die Türkei in Bedrängnis.

Die demokratische Lösungsperspektive, welche der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan in seiner Newroz-Botschaft 2013 öffentlich machte, führte dazu, dass bei den Wahlen am 7. Juni die Demokratische Partei der Völker (HDP) als ein breites Bündnis unterschiedlicher Volks- und Glaubensgemeinschaften sowie linke, demokratische und liberale Kreise die alleinige Machtmehrheit der AKP durchkreuzten. … Nachdem die AKP neben der außenpolitischen Niederlage auch innenpolitisch von den Kurden an ihrem Vorhaben … gehindert wurde, hat die AKP seit dem 8 Juni einen erbarmungslosen Krieg gegen das kurdische Volk sowie gegen die demokratischen Kräfte in der Türkei begonnen.

Die AKP Regierung hat die Friedensgespräche einseitig eingestellt und eine Rückkehr zur Verleugnungs- und Vernichtungspolitik vollzogen. Ganze Stadtteile werden seitdem über Monate durch Ausgangssperren von der Außenwelt abgeriegelt… In Folge dieser Politik haben bis heute über 400 Zivilisten, darunter Kinder, Frauen und ältere Menschen ihr Leben verloren. Allein bei den brutalen Angriffen am 7. Februar in Cizîr (tr. Cizre) wurden annähernd 200 Menschen ermordet.

…Während die AKP-Regierung die 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak gegen Europa erfolgreich ausspielt, erhält die Türkei in ihrem rechtswidrigen Krieg gegen das kurdische Volk grünes Licht und Unterstützung von der Bundesregierung. Die Bundesregierung macht inzwischen kein Geheimnis daraus, dass die Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit interessensbedingt verhandelbar sind.

Wir rufen alle Menschen, die an Freiheit, Frieden, Demokratie und selbstbestimmtes Leben glauben, zur Teilnahme an unserem diesjährigen Widerstandsfest NEWROZ auf. Gemeinsam wollen wir Rassismus, Faschismus, Sexismus eine Absage erteilen und unsere Unterstützung für die Menschen, die gegen reaktionäre und dunkle Kräfte Widerstand leisten, zum Ausdruck bringen.

Es leben die demokratischen Selbstverwaltungen in Rojava und Bakûr

Es lebe der Widerstand für Geschwisterlichkeit

Es lebe Newroz – Fest der Freiheit und des Friedens

März 2016

Demobeginn: 10 Uhr Waterlooplatz

NAV-DEM – Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanyayê | Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V.
www.navdem.com

Broschüre „Vorsicht! (geistige) Brandstifter“

Die Göttinger Antifagruppe Antifaschistische Linke International A.L.I. hat in dieser Woche die Broschüre „Vorsicht! (geistige) Brandstifter. Informationen zur rassistischen Mobilisierung in der Region Südniedersachsen“ veröffentlicht.

Die Publikation analysiert die Kundgebungen und Aktionen von Rechtspopulisten und Neonazis, die seit November 2015 in Duderstadt, Lindau und Northeim unter dem Namen „Freundeskreis Thüringen / Niedersachsen“ durchgeführt werden. Zu einigen der Hauptakteure werden zusammenfassende Hintergrundberichte dargestellt. Eine ausschnittsweise Chronologie rechter Aktivitäten dokumentiert das Zusammentreffen von rassistischer Hetze, offener NS-Propaganda, den Angriffen gegen Flüchtlingsunterkünfte sowie Bedrohungen gegen JournalistInnen und vermeintliche politische GegnerInnen. „Heute müssen wir davon ausgehen, dass es sich hier um eine koordinierte Aktion verschiedener rechter Akteure handelt. Ihr Ziel ist es (…) eine Situation herbeizuführen, die zum offenen Konflikt im Umfeld von Geflüchteten-Unterkünften und mit den verhassten politischen GegnerInnen führt,“ heißt es einleitend durch die Göttinger Antifagruppe A.L.I.

Die 16-seitige Broschüre liegt kostenlos in Läden und Veranstaltungsorten, wie dem Buchladen am Nikolaikirchhof 7, in Göttingen aus. Über www.ali.antifa.de kann das Heft auch online eingesehen oder bestellt werden.
http://www.inventati.org/ali/pics/2016/antifa/freundeskreis/publikation_fktn_2/Publikation_Brandstifter_Web.pdf

Antifaschistische Linke International >A.L.I.< ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370